

Heft 1/2011

1. Mai 2011

Preis: 2,00 Euro

NATO-Krieg gegen Libyen

**Hintergrund,
Akteure,
Ziele**



Inhalt

Der Krieg gegen Libyen – ein Überblick	3
Der Diplomatie keine Chance	3
Keine Beweise für Massaker	3
Libyen nicht mit anderen arabischen Demokratiebewegungen vergleichbar	4
Die Strippenzieher	5
Freie Hand zum „Regime Change“	7
Kriegsallianz – fest an der Seite von Despoten	8
Schon lange begehrt – das libysche Öl	8
Rekolonialisierung – im Kampf um Afrikas Rohstoffe	10
Störenfriede am Mare Nostrum	11
Bombenterror	12
Ausblick	13
Lucio Caracciolo: »Übergangsrat ist ein obskures Gremium«	14
Prof. Reinhard Merkel:	
Völkerrecht contra Bürgerkrieg Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim	15
Kamil Majchrzak: Kriegslügen und die Erosion des Völkerrechts	18
Walter van Rossum: Sender im Dienst der NATO	21
Andreas Dittmann:	
Libyen-Experte sieht Proteste gegen Gaddafi als Jugendrevolte	22
Bischof Martinelli aus Tripolis: „Bombenangriffe: eine Niederlage für die Menschlichkeit“	23
Manlio Dinucci: Der Raub des Jahrhunderts: Die Beschlagnahme der Gelder der staatlichen libyschen Fonds durch die "Willigen"	25
Joachim Guilliard: Libyen – Und nun ein Absturz wie im Irak?	26
Sanktionen und niedriger Ölpreis bremsen Entwicklung	27
Hoher Lebensstandard erreicht	27
Das Beispiel Irak	28

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Infos und Kontakt:

Friedensladen im Eine Welt Zentrum
Karlstor1 • 69117 Heidelberg

Email: kontakt@antikriegsforum-heidelberg.de

Internet: <http://www.antikriegsforum-heidelberg.de>

Der Krieg gegen Libyen – ein Überblick

Von Joachim Guilliard

(aktualisierte und ungekürzte Version eines Artikels in Heft 2/2011 der Zeitschrift „Hintergrund“ – www.hintergrund.de)

Hinter Seit dem 19. März bombardiert eine neue „Koalition der Willigen“ Tag für Tag libysche Städte und Armeeeinheiten. Alle Vermittlungsvorschläge werden ignoriert. Die Kriegsallianz werde ihre Luftschläge wohl noch viele Wochen fortsetzen, tönte es vom Außenministertreffen der NATO in Berlin. Das Bündnis müsse Libyen weiter angreifen, bis der Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi verjagt sei, verkündeten am Tag darauf die drei Kriegsherren – US-Präsident Barack Obama, der britische Premier David Cameron und Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy – in einem gemeinsamen Kriegsappell, den sie via Washington Post, Times und Le Figaro in die Welt schleuderten.



Der neue Krieg der NATO wird von einer großen Mehrheit der Staaten in der Welt abgelehnt. Die meisten glauben, dass er nicht zum Schutz der Zivilbevölkerung geführt werde, sondern für den unmittelbaren Zugriff auf die libyschen Öl- und Gasvorräte. Die gleichzeitige französische Intervention in der Elfenbeinküste und die forcierte Ausweitung der militärischen Präsenz der USA in Afrika deuten zudem auf Ziele hin, die darüber hinausgehen: die Sicherung und Ausweitung westlicher Dominanz auf dem gesamten afrikanischen Kontinent, um dessen Rohstoff-Ressourcen ein erbitterter Wettkampf stattfindet.

Der Diplomatie keine Chance

Bereits am Tag, nachdem sie sich mit der UN-Resolution 1973 zur militärischen Intervention in den libyschen Bürgerkrieg ermächtigt hatten, starteten die USA und die alten Kolonialmächte, Frankreich und Großbritannien, Luftangriffe auf Libyen. Der libyschen Regierung wurde sowenig Gelegenheit gegeben, auf den Beschluss des UN-Sicherheitsrates zu reagieren, wie den Staaten, die in Libyen vermitteln wollten. Der Besuch einer Delegation der Afrikanischen Union wurde durch den Beginn der Luftangriffe vereitelt, ihnen wurde der Flug nach Tripolis verwehrt.

Nach zweimal Irak, Jugoslawien, Somalia und Afghanistan begann somit der sechste Krieg von NATO-Staaten, seit US-Präsident George Bush sen. 1991 eine „Neue Weltordnung“ verkündete – ein Krieg alter Kolonialmächte, die ihre Politik nie grundsätzlich geändert haben, gegen ein einst kolonialisiertes Land.

Es gab seither zahlreiche Vermittlungsversuche. Während die libysche Regierung den Verhandlungsvorschlägen zustimmte, scheiterten sie an der starren Haltung der Kriegsallianz und dem von ihr

gestützten Führungszirkel der Rebellen.

Die Angriffe überschritten von Anfang das an sich schon sehr weit gefasste Mandat des Sicherheitsrates noch bei weitem. Sie dienten zu keiner Zeit der Erzwingung eines Flugverbots. Kein Flugzeug der libyschen Luftwaffe war nach Verabschiedung der UN-Resolution in der Luft gewesen. Neben aller Art von militärischen Zielen wurden auch viele zivile Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Häfen oder Telefonanlagen bombardiert. In Tripolis wurde schon in den ersten Tagen eine Klinik getroffen. Mit Angriffsserien auf Bodentruppen der libyschen Armee versuchen die Kampffjets der NATO seither den Aufständischen den Weg nach Westen freizuschießen.

Keine Beweise für Massaker

Wie jeder Krieg der NATO begann auch dieser mit einer großen Lüge. Der Ruf nach einer Flugverbotszone über Libyen wurde damit begründet, Machthaber Muammar al-Gaddafi würde die Luftwaffe gegen friedliche Demonstranten einsetzen und die „eigene Bevölkerung abschlachten“. Doch selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates gab an, dafür

keine Beweise gesehen zu haben. Auch westliche Nachrichtenagenturen äußerten grundsätzliche Zweifel an den Berichten der Aufständischen über Luftschläge und Artillerieangriffe. „Morgens heißt es: Dieser und jener Ort ist dem Erdboden gleichgemacht“, so ein hochrangiger EU-Vertreter gegenüber DPA, „Mittags ist dann auf einmal alles in Ordnung.“¹ Die Luftaufklärung des russischen Militärs registrierte zwar Luftangriffe auf Armeedepots, die von Rebellen erobert worden waren, schließt Angriffe auf Demonstranten jedoch aus.²

Auch die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (Die Linke) zu, es lägen keine Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor und es gebe auch keine Belege dafür, dass die libysche Luftwaffe sich nicht an die Zusagen eines Waffenstillstands gehalten habe oder überhaupt flächendeckend und systematisch zur Bombardierung von Zivilisten eingesetzt wurde.³

Libysche Regierungstruppen hatten in den Tagen vor der Verabschiedung der UN-Resolution mehrere Städte zurückerobert. In keiner war es dabei zu Massakern gekommen und es gab keinen Grund anzunehmen, dass dies in Bengasi, der größten Stadt im Osten, anders sein sollte.

Der ehemalige Direktor für Politikplanung im US-Außenministerium, Richard N. Haass, wies in einer Senatsanhörung ebenfalls die Behauptung zurück, die Militärintervention wäre notwendig gewesen, um Zivilisten vor einem Massaker durch Gaddafis Truppen zu schützen. „Mir sind keine Hinweise dafür bekannt, dass Zivilisten als solche, in größerem Umfang angegriffen werden sollten.“ Die USA haben jedoch dafür gesorgt, so Haass weiter, dass der Bürgerkrieg eskalierte und es sehr schwierig gemacht, die Kämpfe wieder zu stoppen.⁴

Libyen nicht mit anderen arabischen Demokratiebewegungen vergleichbar

Die Proteste in Libyen unterscheiden sich in vieler Hinsicht von denen in den anderen arabischen Ländern. In Tunesien und Ägypten war es eine überwiegend gewaltfreie Oppositionsbewegung, die von Woche zu Woche wuchs und es war allein die be-

eindruckend große Zahl von Menschen, die in Massendemonstrationen der Brutalität der Regierungskräfte trotzten, die die Machthaber in Bedrängnis brachten.

In Tunesien, Ägypten etc. war es der soziale Niedergang in Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die materielle Not und die völlige Perspektivlosigkeit, die die Leute auf die Straße trieb. Im Vordergrund standen soziale Forderungen. In Libyen hingegen mit seinem relativen hohen Lebensstandard, leidet kaum einer materielle Not.

Auch in Libyen gingen – wenn auch nicht so zahlreich – junge Leute, Akademiker, Anwälte etc. gewaltfrei mit der Forderung nach mehr Freiheit, mehr Demokratie auf die Straße, veröffentlichten Manifeste oder bildeten Arbeitsgruppen, die eine demokratische Verfassung ausarbeiten wollen. In dem Maß, wie die militärischen Auseinandersetzungen eskalierten, wurden sie jedoch von den bewaffneten Aufständischen und den nun in Erscheinung tretenden abtrünnigen Regierungspolitikern und Führern der Exil-Opposition an den Rand gedrängt. Mit Beginn der NATO-Intervention waren sie endgültig aus dem Spiel.

Selbst wenn die libysche Protestbewegung zu Beginn das fortschrittliche Potential hatte, das viele Linke in ihr sahen, so war dies nun passé. Die mit der libyschen Opposition sympathisierende Frauenrechtsorganisation MADRE brachte dies schön auf den Punkt:

Wandelt man eine von den Bürgern selbst kontrollierte Volksbewegung in eine hierarchisch organisierte, ausländische Militäroperation, nimmt man den Leuten den Kampf aus den Händen. Dies garantiert, dass egal welches Regime auch immer folgen wird, es kein Produkt der Macht des Volkes, sondern der Macht der NATO sein wird, und dass das neue Regime vom Westen abhängig sein wird.

Tatsächlich ist Volksmacht nicht das, was die USA sehen wollen, vor allem nicht in den größten ölproduzierenden Ländern der Welt. Denn diese würde versuchen, sicherzustellen, dass Öleinnahmen dazu verwendet werden, Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, nationale Infrastruktur und andere Notwendigkeiten zu finanzieren. In der Tat sind dies die Kernforderungen des arabischen Frühlings. Aber das, was die meisten Leute Demokratie nennen, bezeichnen die USA als extremen arabischen Nationalismus – und dieser wird nicht lange toleriert.⁵

Für die meisten Rebellen standen Demokratie und Menschenrechte jedoch von Anfang an nicht im Vordergrund, sondern politische und wirtschaftli-

¹ [Bürgerkrieg in Libyen: Wahrheit und Propaganda vor den Bomben](#), dpa/Handelsblatt, 18.03.2011

² Rainer Rupp, [Treibende Kräfte](#) – Ein russischer Fernsehsender belegt: Die »Berichterstattung« westlicher Medien über den Bürgerkrieg in Libyen ist zum großen Teil Kriegspropaganda, junge Welt; 09.03.2011

³ Kamil Majchrzak, [Kriegslügen und die Erosion des Völkerrechts](#), Telepolis, 29.04.2011

⁴ Richard N. Haass [Erklärung vor dem Auswärtigen Ausschuss](#) des US-Senat beim „Hearing on Perspectives on the Crisis in Libya“, 6.4.2011, siehe auch Chris Marsden, [US Senate discusses sending troops to Libya](#), WSWS, 9.4.2011

⁵ MADRE, [Don't Let NATO Chill the Arab Spring](#), 12.4.2011

che Interessen, regionale Machtverteilung und Stammesrivalitäten.

Viele griffen schon am 18. Februar, am Tag nach den ersten Zusammenstößen am sogenannten „Tag des Zorns“, zu massiver Gewalt.

So wurden in Bengasi zwei Polizisten gelyncht (Xinhua 19.2.) und in der Großstadt al-Baida fünfzig als Söldner bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert (Guardian 18.2.). In mehreren Städten wurden Polizeistationen und Amtsstuben in Brand gesteckt. Bewaffnete Islamisten stürmten in Derna ein Armee-Depot und den daneben liegenden Hafen, nahmen eine größere Zahl von Soldaten und Zivilisten als Geiseln und drohten sie zu erschießen, falls die libysche Armee sich nicht aus der Stadt zurückziehe (AFP 21.2.).

Wie hätten wohl andere Staaten auf eine solche massive Gewalt reagiert?

Die Auseinandersetzungen gingen auf diese Weise sehr schnell in einen Bürgerkrieg über. Bald häuften sich auch Berichte über brutale Angriffe aufständischer Kräfte auf schwarzafrikanische Fremdarbeiter. „Bekanntlich versucht Gaddafi wie kein anderer regionaler Führer das Image des arabischen Rassismus zu durchbrechen“, so Gunnar Heinsohn, Autor des „Lexikons der Völkermorde“ in der F.A.Z. Seine „Bemühungen um Schwarze“ komme diese jetzt allerdings teuer zu stehen. Eine Million afrikanischer Flüchtlinge und Tausende afrikanischer Wanderarbeiter sind nun in Gefahr, ermordet zu werden.⁶ Als Vorwand für die Übergriffe dient meist der Verweis auf schwarze Söldner in den Reihen der Regierungstruppen. Opfer sind jedoch meist einfache Arbeiter und Flüchtlinge. Ein türkischer Bauarbeiter berichtete der britischen BBC, dass sie mit ansehen mussten, wie siebzig bis achtzig Arbeiter seiner Firma aus dem Tschad mit Baumscheren und Äxten niedergemetzelt wurden.

Auch der arabische TV-Sender Al Jazeera berichtet über rassistische Massaker der sogenannten „Freiheitskämpfer“ an schwarzafrikanischen Arbeitern: „Dutzende von Arbeiter aus dem Afrika südlich der Sahara sind, so befürchtet man, getötet worden und Hunderte haben sich versteckt, weil wütende Regierungsgegner ‚schwarzafrikanische Söldner‘ jagen, wie Augenzeugen berichten.“

Julius Kiluu, ein 60 Jahre alter Bauleiter berichtete: „Wir wurden von Leuten aus dem Ort angegriffen. Sie beschuldigten uns, mordende Söldner zu sein. Aber in Wirklichkeit wollen sie einfach keine Schwarzen tolerieren. Unser Lager wurde niedergebrannt, unsere Firma und unsere Botschaft haben

⁶ Gunnar Heinsohn, Da schweigt Gaddafi – Wer sind die Aufständischen, F.A.Z. 22.3.2011. Siehe auch [African migrants targeted in Libya](#), Al Jazeera, 28.02.2011 und Wolfgang Weber, [Libysche Rebellen massakrieren Schwarzafrikaner](#), WSWS, 31.3.2011

uns geholfen, zum Flughafen zu gelangen.“⁷

„Gegen die blutig ihre Macht Verteidigenden werden alle Register des internationalen Strafrechts gezogen“, so Heinsohn. „Doch weder im Resolutions-text noch in den Reden der amerikanischen Außenministerin Clinton oder des französischen Präsidenten Sarkozy gibt es Mahnungen und Gerichtsdrohungen an die Aufständischen. Ausdrücklich wird der Einsatz von Söldnern durch die libysche Führung verurteilt. Doch womöglich unter solchem Vorwand erfolgte Völkermordakte bleiben unerwähnt.“⁸

Die Strippenzieher

Die Schnelligkeit mit der sowohl der Aufstand eskalierte, als auch Frankreich, Großbritannien und die USA an der Seite der Rebellen intervenierten, legt nahe, dass die Vorbereitungen schon lange vor dem 17. Februar begannen. Auch andere Hinweise deuten daraufhin. So verabredeten beispielsweise Frankreich und Großbritannien im November letzten Jahres das gemeinsame Manöver „Südlicher Mistral“, bei dem die Luftwaffen beider Länder eine Diktatur in einem imaginären „Südland“ bekämpfen sollten. Geplanter Beginn der Übung war der 21. März 2011. Sie ging jedoch offensichtlich in die „Operation Morgendämmerung“ über – dem am 19. März von französischen Kampffjets eingeleiteten Luftkrieg gegen Libyen.

Auch britische Spezialeinheiten standen schon lange zuvor in Bereitschaft. Bereits einen Monat vor Kriegsbeginn waren nach Informationen der britischen Zeitung Daily Mail 250 Elite-Soldaten in Libyen im Einsatz – d.h. gleich nach Beginn des Aufstands oder sogar schon davor.⁹

Vertreter der französischen Regierung hatten sich zudem bereits im Herbst letzten Jahres in Paris mit abtrünnigen libyschen Politikern getroffen, darunter u.a. Nouri Mesmari, der ehemalige Protokollchef und enge Vertraute Gaddafis. Offenbar nahmen die Franzosen in Bengasi auch Kontakt zu libyschen Offizieren, wie dem Luftwaffenoberst Abdallah Gehani auf, die mit Mesmari konspirierten und eine Revolte vorbereiteten.¹⁰ Diese Dissidenten gehören seit Februar zur Führung der Rebellen in Bengasi.¹¹

Eine zentrale Rolle bei der Organisation des Aufstands spielt die Nationale Front für die Rettung Libyens (NFSL). Diese wurde bereits 1982 mit is-

⁷ [African migrants targeted in Libya](#), Al Jazeera, 28.2.11

⁸ Gunnar Heinsohn, Da schweigt Gaddafi – Wer sind die Aufständischen, F.A.Z. 22.3.2011

⁹ [Proof we are winning: MoD release footage of air strikes wiping out Gaddafi's guns](#), Daily Mail, 25.3.2011

¹⁰ [Libero: Wie Sarkozy den libyschen Aufstand steuerte](#), Nachgetragen, 31.3.2011

¹¹ Jaya Ramachandran (IPS), [Sturz Ghaddafis von langer Hand geplant](#), jW, 18.04.2011

raelischer und US-amerikanischer Unterstützung gegründet, um Gaddafi zu stürzen. Unter Führung des zur CIA übergelaufenen Kampfgefährten Gaddafis, Khalifa Haftar, legte sie sich 1988 mit der Libyschen Nationalarmee auch einen militärischen Arm zu. Die von den USA ausgerüstete kleine Untergrundarmee unterhielt in Virginia ein Trainings-Camp und führt seit den 1990er Jahren Aufstandsversuche und Terroraktionen in Libyen durch.

Die NFSL war eine treibende Kraft hinter den Demonstrationen vom 17. Februar, zu der sie über Facebook und ähnliche Netzwerke mobilisierte. Haftar reiste unmittelbar nach Beginn des Aufstands nach Bengasi, um die militärische Führung zu übernehmen.

Die NFSL nutzte sofort ihre guten Kontakte zu den Medien und prägte so maßgeblich die Berichterstattung im Westen über die Auseinandersetzung. Ihr Generalsekretär Ibrahim Sahad zieht seither weiterhin von Washington aus die Fäden, während andere führende Mitglieder eine maßgebliche Rolle im sogenannten „Nationalen Übergangsrat“ spielen. Dieser Rat wird, ohne dass nach seiner Legitimation gefragt wird, vom Westen als Repräsentant der gesamten Opposition im Land angesehen und von Frankreich sogar als neue libysche Regierung anerkannt.¹²

Auch in den Medien wird häufig beklagt, dass unklar sei, wer die Leute sind, an deren Seite die NATO nun Krieg führe und welche politischen Ziele sie verfolgen. Für die breite Masse der Rebellen stimmt das sicherlich. Die Personen jedoch, die die Führung des Aufstandes übernommen haben und nach dem Willen der westlichen Kriegsallianz die Macht im Land übernehmen sollen, sind sehr gut bekannt. Es sind Exilpolitiker und ehemalige Regierungsmitglieder, die alle seit langem in engen Kontakt mit Washington, London und Paris stehen.¹³

An der Spitze steht, als Chef des „Exekutivrats“ Mahmoud Dschibril, der sich bis dahin in der libyschen Regierung als Leiter des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung um einen radikalen Privatisierungskurs bemüht hatte. Zuvor hatte er lange Zeit an US-amerikanischen Universitäten wirtschaftspolitische Planung gelehrt und war erst 2005 nach Libyen zurückgekehrt. Den von WikiLeaks veröffentlichten Botschaftsdepeschen zufolge stand er auch als Regierungsmitglied in vertrautem Kontakt zur US-Regierung und drängte sie zu einem stärkeren wirtschaftlichem Engagement und kritisierte die Weltmacht dafür, dass sie im Nahen Osten ihre „Softpower“, d.h. ihre von McDonald's bis Hollywood reichenden wirtschaftlichen und kulturellen Trümpfe nicht stärker ausge-

¹² Rainer Rupp, [Gut vernetzt - Der Mann Washingtons für Libyen](#), jW 09.03.2011

¹³ Tomas Avenarius, [Rebellen ohne Regierung](#), SZ, 28.03.2011

spielt habe.¹⁴

Dschibril ist zusammen mit dem früheren libyschen Wirtschaftsminister Ali Al-Issawi vor allem für die enge Zusammenarbeit mit der Kriegsallianz zuständig. Al-Issawi verlor das für die Privatisierung zuständige Ressort im Streit um das Tempo der Reformen, die er, wie Dschibril, gerne radikaler gestaltet hätte. Ebenso eng verbunden mit Washington und ausgewiesen neoliberal ist der „Finanzminister“ in der Gegenregierung, Ali Tarhouni. Auch er lebte den größten Teil seines Lebens in den USA und lehrte noch bis März des Jahres an der University of Washington Wirtschaft und Finanzwesen. Er ist verheiratet mit einer Anwältin, die im US-Justizministerium arbeitet.



Erst Justizminister in Tripolis, jetzt Chef des »Übergangsrats« in Bengasi: Mustafa Abdul Dschalil (4. März 2011) – Foto: AP

Eine wichtige Rolle spielt als Chef, des unter der alten Flagge der Monarchie agierenden Übergangsrates, auch der ehemalige Justizminister Mustafa Mohammed Abdul Dschalil (auch Jalil geschrieben). Er hat sein Amt am 21. Februar 2011 niedergelegt, stand vermutlich aber schon länger mit den Kreisen in Verbindung, die den Aufstand planten.¹⁵ Zum Militärführer avancierte, in Abstimmung mit der Westallianz, Abdulfattah Junis, bis dahin Innenminister und Kommandeur der libyschen Sondereinheiten. Er soll vor allem enge Verbindungen zur britischen Regierung haben. Als „Generalstabschef“ ist er nun zuständig für die Kontakte mit der Militärführung der westlichen Allianz.

Zum Kreis der Abtrünnigen gehört auch Generalstaatsanwalt Abdul-Rahman al-Abbar, der kurz nach Junis zu den Rebellen überlief. Somit stehen nun die drei wichtigsten bisherigen Verantwortli-

¹⁴ Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt a.a.O.

¹⁵ Knut Mellenthin, [Offen und kooperativ – Die »Revolutionäre«, denen der Westen vertraut](#), jW, 01.04.2011, Prof. Peter Dale Scott, [Who are the Libyan Freedom Fighters and Their Patrons?](#) The Asia-Pacific Journal Vol 9, Issue 13 No 3, 28.3.2011.

chen für die staatliche Repression an der Spitze dessen, was im Westen als demokratische Opposition angesehen wird.

Die drei, die schon beruflich eng verbunden waren, traf die Entwicklung offenbar nicht unvorbereitet. Junis hat den Ausbruch der Unruhen vermutlich in seiner Funktion als Innenminister noch gefördert. Nach Angaben eines hochrangigen Polizisten hatten die Sicherheitskräfte bereits am 17. Februar den Befehl vom Hauptquartier in Tripolis erhalten, die Polizeistationen zu verlassen. „Wir wurden aufgefordert, unsere Uniformen auszuziehen und nach Hause zu gehen.“¹⁶

Dschalil und Junis sind zudem beide Mitglieder des mächtigen Haribi-Stammesverbandes in Ostlibyen, der immer wieder im Clinch mit Gaddafi, der Zentralregierung und den Stämmen im Westen stand. Auch ein großer Teil der übrigen Mitglieder des Übergangsrates sind Angehörige eines der Haribi-Stämme.¹⁷ Mit Ahmed al-Senussi ist zudem auch ein Angehöriger des einstigen Königshauses im Führungszirkel der Aufständischen vertreten.¹⁸

Die militärisch erfahrensten Kämpfer sind jedoch ausgerechnet radikal-islamische Veteranen, die in Afghanistan und im Irak gegen US- und NATO-Truppen kämpften und als al-Qaeda-Anhänger gelten. Ein Teil von ihnen ist in der Libyschen Islamischen Kampfgruppe organisiert, die bereits in den 1990er Jahren Anschläge in Libyen durchführte. Ihre Hochburg ist die östlich von Bengasi liegende Stadt Derna. Nach Statistiken des US-amerikanischen Besatzungstruppen kam ein Fünftel der ausländischen Kämpfer in den al-Qaeda-nahen Gruppen im Irak aus Libyen, die Hälfte davon aus der Kleinstadt Derna.¹⁹

Abdel Hakim al-Hasady einer ihrer Führer und mittlerweile hochrangiger Feldkommandant der Rebellen schlägt zwar versöhnliche Töne an und verkündete, sie würden die Amerikaner jetzt nur noch halb so sehr hassen, dennoch dürfte die Beteiligung dieser Mudschaheddin einer der Gründe sein, warum das Pentagon und die US-Militärs nur sehr ungern in diesen Krieg zogen und Waffenlieferungen an die Rebellen ablehnen.²⁰

Der nach Beginn des Aufstands ins Leben gerufene

Nationalen Übergangsrat wurde, so heißt es von Ad-hoc-Räten der „befreiten Städte“ im Osten im Schnellverfahren bestimmt. Der Übergangsrat ist aber, so berichtete Tomas Avenarius für die Süddeutsche Zeitung aus Bengasi, inzwischen eine reine Honoratiorenveranstaltung.²¹ Wenn überhaupt, so repräsentiert der Rat nur die Opposition im Osten und keineswegs, wie behauptet wird, die des gesamten Landes oder gar das „libysche Volk“.

Die namentlich bekannten Mitglieder des 31-köpfigen Rates kommen, so sie überhaupt in Libyen wohnen, aus vier Städten bzw. Regionen im Osten – Bengasi, Derna, al-Butnan und al-Quba. Die anderen, deren Namen sie zu ihrem Schutz geheim halten, sollen nach eigenen Angaben sieben weitere Städte repräsentieren – drei im Osten und vier im äußersten Westen, nahe der tunesischen Grenze. Tripolis, Zentral und Südlibyen werden nicht mal genannt.²²

Im Westen hat es, mit Ausnahme von Misrata, nie sonderlich große Demonstrationen gegeben. Seit die Nato bombt, dürften auch viele Gegner Gaddafis wieder hinter ihrer Regierung stehen. „In Libyen gibt es vielleicht Millionen Menschen“, so der norwegische Friedensforscher Johan Galtung, „die Gaddafi nicht mögen, aber sehr wohl seine Errungenschaften schätzen.“²³

Freie Hand zum „Regime Change“

Mit der Sicherheitsrats-Resolution 1973 ermächtigen sich die NATO-Staaten nicht nur zur Durchsetzung eines Flugverbots für die libysche Armee, sondern auch zum Einsatz „aller notwendigen Mittel“, um „Zivilisten oder von Zivilisten bewohnte Gebiete“ vor Angriffen zu schützen. Die Kriegsallianz nutzt dies, wie zu erwarten, zur Rechtfertigung willkürlicher Angriffe auf alle libyschen Truppen, die in die Nähe der zu „Zivilisten“ erklärten Rebellen-Milizen kommen. Mit der UN-Charta und den sonstigen Bestimmungen des internationalen Rechts ist die Resolution, wie viele Völkerrechtler überzeugend darlegen, nicht vereinbar.²⁴

Mit der Resolution überließ der Sicherheitsrat es völlig der Willkür einzelner Staaten und Militärbündnisse, wann, wo und wie sie zuschlagen wollen. Indem sie sich allein gegen die libysche Regierung richtet, zielt sie auf nichts anderes als einen „Regime Change“. Die Rebellen können weiter ungehindert angreifen, schlagen die Regierungstrup-

¹⁶ Amira El Ahl, [Sie feiern schon ihr neues Libyen](#), Welt am Sonntag, 27.2.2011

¹⁷ Webster G. Tarpley, [The CIA's Libya Rebels: The Same Terrorists who Killed US, NATO Troops in Iraq](#), 24.3.2011

¹⁸ [Key figures in Libya's rebel council](#), BBC News, 28.3.2011

¹⁹ Webster G. Tarpley, [The CIA's Libya Rebels: The Same Terrorists who Killed US, NATO Troops in Iraq](#), 24.3.2011)

²⁰ [Ex-Mujahedeen Help Lead Libyan Rebels](#), Wall Street Journal, 2.4.2011

²¹ Tomas Avenarius, [Rebellen ohne Regierung](#), SZ, 28.03.2011

²² Siehe Homepage des Transitional National Council: <http://ntclibya.org/english/council-members/>

²³ Johan Galtung, [Libya: The War Is On](#), TRANSCEND Media Service, 28.3.2011

²⁴ siehe insbesondere Reinhard Merkel, [Der libysche Aufstand gegen Gaddafi ist illegitim](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.3.2011

pen jedoch zurück, so werden sie von NATO-Jets bombardiert.

Die Resolution ist zweifellos ein neuer Tiefpunkt der Vereinten Nationen. Sie ignoriert die allen Staaten völkerrechtlich garantierte Souveränität (u.a. UN-Charta Artikel 2 Abs. 4 und Abs. 7) und fordert zur Einmischung in einen internen Konflikt auf, ohne dass versucht wurde, dafür auch nur ansatzweise eine Begründung von völkerrechtlichem Belang anzugeben.²⁵ Von einer Gefahr für die internationale Sicherheit, die allein eine solche Resolution rechtfertigen würde, kann ganz offensichtlich keine Rede sein, genauso wenig davon, dass schon alle friedlichen, diplomatischen Mittel ausgeschöpft worden wären – die Initiativen Venezuelas und der Afrikanischen Union hat man im Westen schlicht ignoriert.

Russland und China ließen die NATO-Staaten wieder einmal gewähren und verzichteten auf ihr Veto. Auch Brasilien und Indien fehlte das Rückgrat, ihrer deutlichen Kritik an der Resolution auch ein klares „Nein“ folgen zu lassen. Die deutsche Regierung hat sich zusammen mit diesen vier der Stimme enthalten und sich damit von der militärischen Intervention distanziert. Sie stellte sich aber dennoch voll hinter die Kriegsziele der Verbündeten und versicherte rasch, alle notwendige nichtmilitärische Unterstützung zu gewähren. Sie zog zwar die Marine ab, ließ es aber zu, dass die Koordination der Militäroperationen von dem Regionalkommando der US-Streitkräfte AFRICOM in Möhringen bei Stuttgart aus durchgeführt wurde und stimmte auch der Übernahme des Kommandos durch die NATO zu.

Dennoch war die Enthaltung und das formelle Ausscheiden aus der Kriegsallianz eine überraschend kluge Entscheidung der schwarz-gelben Regierung. Da Deutschland auch am Irak-Krieg nicht aktiv teilnahm, ist die Exportnation nun die einzige westliche Macht, die kein arabisches Land bombardierte.

Kriegsallianz – fest an der Seite von Despoten

Die treibenden Kräfte in der Kriegsallianz gegen Libyen sind genau jene Kräfte, die zuvor lange danach trachteten, die Machthaber in Tunesien und Ägypten an der Macht zu halten. So hat die französische Regierung dem tunesischen Machthaber Ben Ali sogar praktische Unterstützung bei der Niederschlagung der tunesischen Opposition angeboten. Hinzu kommen die Feudalherren vom Golf, die auch bis zuletzt an Mubarak und Ben Ali festhielten und anschließend selbst die demokratische Opposition im eigenen Land mit brutaler Gewalt unterdrücken. Nur wenige Tage vor der Sicherheitsrats-

Resolution zu Libyen marschierten die Truppen der Golfmonarchien in Bahrain ein, um die dortige Protestbewegung gewaltsam zu ersticken.

Nach Aussagen zweier UN-Diplomaten gab es einen Deal zwischen den USA und Saudi Arabien: Im Gegenzug für das entscheidende, formelle Votum der Arabischen Liga für eine Flugverbotszone erhielten die Golfmonarchien freie Hand für den Einmarsch in Bahrain. Die Saudis setzten die entsprechende Resolution bei einem Treffen der Arabischen Liga durch, bei dem nur 11 der 22 Mitglieder anwesend waren. 2 stimmten dagegen, sechs der Ja-Stimmen kamen von den Golfstaaten.²⁶

Die NATO-Mächte, die mit ihren Bomben auf Libyens Städte angeblich die Zivilbevölkerung schützen wollen, unterstützten 2006 den Krieg Israels gegen den Libanon und verhinderten Anfang 2009 ein Einschreiten der UNO gegen die mörderischen Angriffe Israels auf den Gazastreifen. SPD und Grüne fordern vehement ein militärisches Eingreifen zum Schutz der libyschen Bevölkerung, lassen aber zu, dass NATO-Truppen am Hindukusch Woche für Woche Dutzende Menschen töten. Zur selben Zeit, als die UN-Resolution 1973 verabschiedet wurde, brachte ein US-amerikanischer Drohnenangriff auf eine Stammesversammlung in Pakistan über 40 Menschen den Tod.

Eine solche Allianz führt mit Sicherheit keinen Krieg zur Unterstützung einer demokratischen Revolution. Es handelt sich viel eher um eine Konterrevolution – durch Rückendeckung für die arabischen Verbündeten bei der Niederschlagung der Proteste zu Hause und den Versuch, in Libyen jenen Kräften zur Macht zu verhelfen, mit denen eine ähnliche gedeihliche Zusammenarbeit möglich wird.

In Libyen sei „der „Grad der Unterdrückung“ nicht „durchdringender und schwerer“ als in anderen autoritär regierten Ländern, schreibt der international bekannte Völkerrechtler und UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte in Palästina, Richard Falk. „Andere Gesichtspunkte geben eine bessere Erklärung: Zugriff auf und die Preisgestaltung beim Öl, Rüstungsexporte, Sicherheit von Israel und der Bezug zur neoliberalen Weltwirtschaft.“

Schon lange begehrt – das libysche Öl

Das libysche Öl ist sicherlich ein wesentliches Motiv. Mit 46,6 Milliarden Barrel (ein Barrel sind 159 Liter) verfügt Libyen über die größten nachgewiesenen Ölreserven Afrikas. Da nur ein kleiner Teil des Landes genauer erforscht ist, sind die Vorkommen vermutlich noch wesentlich größer. Liby-

²⁵ Richard Falk, [Kicking the intervention habit](#) – Should talks of intervention turn into action, it would be illegal, immoral and hypocritical, Aljazeera, 13.2.2011

²⁶ Pepe Escobar, [Exposed: The US-Saudi Libya deal](#), Asia Times, 2.4.2011

en liegt jedoch mit einer Fördermenge von etwa 1,7 Millionen Barrel Rohöl am Tag (bpd) hinter Angola und Nigeria. Um seine Reserven nicht zu verschleudern, fördert das Land nur halb so viel wie bis 1969 unter der Monarchie, als die großen westlichen Konzerne die Ölpolitik des Landes bestimmten.

„Nur zwei Länder haben die Kapazität ihre Ölproduktion zu verdoppeln: Libyen und Irak“, so Nabil Khodadad, von der Beraterfirma Chadbourne & Parke. Libyen plant jedoch lediglich eine Steigerung auf 2,3 Million bpd. Aus Sicht der Öl-Multis liegt allein hier schon erhebliches Potential brach.

Nach dem Sturz des von den USA und den Briten eingesetzten König Idris im Jahr 1969 waren nach und nach die meisten ausländischen Unternehmen verdrängt und die Ölproduktion in die Hände der staatlichen Libyschen Nationalen Ölgesellschaft LNOC überführt worden. Libyen wurde zum Vorreiter der OPEC-Staaten und setzte als erstes Land höhere Preise für sein Öl durch. Innerhalb von 10 Jahren verfünffachten sich daraufhin die Staatseinnahmen. Mit den Öleinnahmen konnte der Staat seinen Bürgern einen relativen hohen Lebensstandard verschaffen, den höchsten Afrikas. Sozialistische Ideen spielte bei allen damaligen Revolutionen eine wichtige Rolle, Libyen setzte sie jedoch wesentlich gründlicher um, als andere Länder der Region. Gesundheit und Bildung ist seitdem kostenlos, wichtige Güter und Dienstleistungen werden subventioniert, Alte, Witwen und Waisen erhalten eine Rente, Arbeitslose finanzielle Unterstützung u.v.m..

Es gelang jedoch nicht, Libyens Abhängigkeit vom Erdölexport zu verringern. Niedrige Rohölpreise und die gegen das Land verhängten Sanktionen brachten die Wirtschaft in den 1990er Jahren an den Rand des Ruins. Das Bruttoinlandsprodukt hatte sich am Ende fast halbiert, jegliche Modernisierung der Infrastruktur war blockiert. Die libysche Führung suchte daher nun den Ausgleich mit dem Westen und machte dabei erhebliche Konzessionen. U.a. lieferte sie 1999 zwei Offiziere an Großbritannien aus, die für den Bombenanschlag auf ein Verkehrsflugzeug über dem schottischen Lockerbie verantwortlich gemacht wurden, obwohl die Beweise dafür zweifelhaft waren.²⁷

Die UN-Sanktionen wurden ab 1999 sukzessive gelockert und 2004 vollständig aufgehoben. Im Gegenzug machte Libyen seine Öl- und Gasindustrie für ausländische Unternehmen weit auf. Mittlerweile sind wieder alle großen US-amerikanischen und europäischen Ölkonzerne im Land aktiv. Die Be-

dingungen im nordafrikanischen Land sind jedoch sehr rau, westliche Medien sprechen gar von „Knebelverträgen“.²⁸

Geschäfte sind nach diesem System grundsätzlich nur in Partnerschaft mit der LNOC oder anderen staatlichen Unternehmen möglich, die dabei stets die Mehrheitsanteile (meist 60% und mehr) und somit die Kontrolle behalten. Schon für den Abschluss eines Vertrages sind hohe Zeichnungsgebühren hinzublättern. Bei der zweiten, 2005 durchgeführten Bierrunde mussten die Interessenten z.B. jeweils 133 Millionen Dollar Gebühren an den libyschen Staat bezahlen und mehrere hundert Millionen für Explorationen bereitstellen.²⁹ Die Konzerne die den Zuschlag erhalten, tragen anschließend mindestens fünf Jahre lang die gesamten Entwicklungskosten eines Ölfelds, die LNOC bleibt jedoch alleiniger Eigentümer.

Der Anteil der Ölproduktion, den ausländische Firmen für sich behalten können ist dabei mit durchschnittlich 11 Prozent recht bescheiden.³⁰ Dafür ist das Öl jedoch von bester Qualität und liegt sehr nahe bei den europäischen Abnehmern, an die rund 70 Prozent der libyschen Öl- und Gasexporte gehen. Der Anteil libyschen Erdöls am Verbrauch der EU-Staaten liegt mittlerweile bei 10 Prozent, in Deutschland sind es 6 Prozent.

Nach der letzten Bierrunde im November 2007 entschied die LNOC jedoch, vorerst keine neuen Ausschreibungen durchzuführen, sondern stattdessen die bestehenden Verträge nachzuverhandeln. Laut einer von WikiLeaks veröffentlichten Botschaftsdepesche aus Tripolis sah sich z.B. Petro-Canada gezwungen, alle Verträge an den neuen Standard anzupassen und dafür eine Abschlussgebühr von einer Milliarde Dollar zu bezahlen, sowie Investitionen in Höhe von knapp vier Milliarden Dollar für die Erneuerung alter und die Erforschung neuer Öl- und Gasvorkommen zuzusichern. Gleichzeitig mussten die Kanadier auch noch einem reduzierten Anteil von 12 Prozent am geförderten Rohöl akzeptieren.³¹

Die großen Ölkonzerne versuchten sich natürlich dagegen zu wehren. Die LNOC kündigte daraufhin jedoch an, die weitere Entwicklung der Ölförderung eventuell auch alleine durchzuführen. Als al-Gaddafi darüber hinaus verlauten ließ, er erwäge, angesichts sinkender Mineralölpreise, Einrichtungen internationaler Ölkonzerne wieder zu verstaat-

²⁷ Siehe z.B. [El Megrahi – das Bauernopfer der Lockerbie Tragödie?](#), Austrian Wings Luftfahrtmagazin, 22.8.2009, ausführlich ist Lockerbie Seite von Prof. Hans Köchler, dem Lockerbieprozeß-Beobachter der UNO. http://i-p-o.org/lockerbie_observer_mission.htm

²⁸ [Alle wollen Libyens Öl](#), ZEIT online, 6.5.2009

²⁹ Libya's Second Oil Auction Lures Exxon, BP, Dozens of Producers, Bloomberg 2.10.2005

³⁰ s. Jean-Pierre Sereni, [Am Anfang war der Rote Scheich – Eine kleine Geschichte des libyschen Öls](#), Le Monde diplomatique, 8.4.2011

³¹ [Petro-Canada Signs 30-Year Pact With Libya](#), Cable 08TRIPOLI498, 24.8.2008, Wikileaks

lichen, wuchs der Unmut in der Branche verständlicherweise immens. Schließlich wird ihr Investitionsvolumen auf zusammen über 50 Mrd. Dollar geschätzt.

Gleichzeitig kamen aus Tripolis aber auch andere Töne. Führende Kader aus dem „Ausschuss für Privatisierung und Investitionen“ der Regierung kündigten zum Beispiel im März letzten Jahres an, dass sie bis 2020 die Hälfte aller Staatsbetriebe in die Hände privater Investoren übergeben wollen.³² In der libyschen Führung stritten offensichtlich zwei Tendenzen: Die eine setzte auf stärkere Privatisierung und wollte, um mehr ausländisches Kapital anzulocken, auch den westlichen Öl-Multis bessere Konditionen anbieten. Die andere hielt an der Politik der nationalen Kontrolle über die Ressourcen des Landes fest und propagierte eine stärkere „Libyanisierung“ der Ölproduktion.³³

Letztere hatte offenbar wieder an Gewicht zugelegt und hat dafür wohl auch Rückhalt in der Bevölkerung. Wie FAZ-Korrespondent Christoph Ehrhardt im Februar 2009 aus Tripolis berichtete, war die Stimmung auf den Sitzungen der Basisvolkskongresse eindeutig gegen Pläne einer stärkeren Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft und den Abbau von Subventionen.³⁴ Die frustrierten Verfechter neoliberaler Reformen, wie Mahmoud Dschibril und Ali Al-Issawi, sitzen nun in den führenden Positionen der Gegenregierung. Die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren sie jedoch erkennbar nicht. Sollte die NATO-Intervention einen Machtwechsel in Tripolis durchsetzen oder der Bürgerkrieg zu einer Teilung des Landes führen, können sich westliche Konzerne begründete Hoffnungen machen, in Zukunft besser zum Zuge zu kommen.

Es gibt jedoch noch viel mehr, was westliche Banken und Konzerne in Libyen reizt. Aufgrund der extrem hohen Liquidität staatlicher Banken streben sie schon lange einen Einstieg in den libyschen Banksektor an. Während führende Ökonomien der Welt mit riesigen Defiziten zu kämpfen haben, die ihre Währung schwächen und ihnen die Neuaufnahme von Krediten erschwere, monierte der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Jahresbericht zu Libyen, sitze das Land auf einem Überschuss von 150 Millionen Dollar.³⁵ Auch das ge-

³² [Libya aims to privatise half of economy in decade](#), Reuters, 31.3.2010

³³ Jan Köstner, [Ölstaat mit Potential – Libyen verfügt über die größten Petroleumreserven](#), Afrikas, junge Welt, 1.4.2011

³⁴ Christoph Ehrhardt, [Öl in Libyen - Alle Milliarden dem Volke](#) – „Basisvolkskongresse“ beschäftigen sich in Libyen mit der Frage, wer wie viel aus dem Ölreichtum bekommen soll., FAZ, 27.2.2009

³⁵ [Another Positive IMF Report on Libya's Economic Progress](#), The Tripoli Post, 18.11.2010

waltige, vollständig in Eigenregie durchgeführte Wasserprojekt, durch das die Wohnungen der Küstenstädte mit den unter der Sahara liegenden gigantischen Grundwasservorräten versorgt wird, weckt sicherlich Begehrlichkeiten bei internationalen Konzernen. Die französischen „drei Schwestern“ Veolia, Suez-Ondeo und SAUR beherrschen zusammen bereits 40 Prozent des Weltwassermarktes.³⁶

Rekolonialisierung – im Kampf um Afrikas Rohstoffe

Es geht jedoch nicht nur um die libysche Ressourcen, befürchtet u.a. Molefi Asante, Professor für Afrikanisch-Amerikanische Studien an der Temple University in Philadelphia, sondern um die Ölreserven und die Rohstoffe des ganzen Kontinents.³⁷ In der Tat hat Afrika im letzten Jahrzehnt enorm an Bedeutung für die Rohstoffversorgung gewonnen. Dabei bekamen die alten Mächte jedoch zunehmend die Konkurrenz der wirtschaftlich aufstrebenden Nationen, allen voran China, zu spüren.

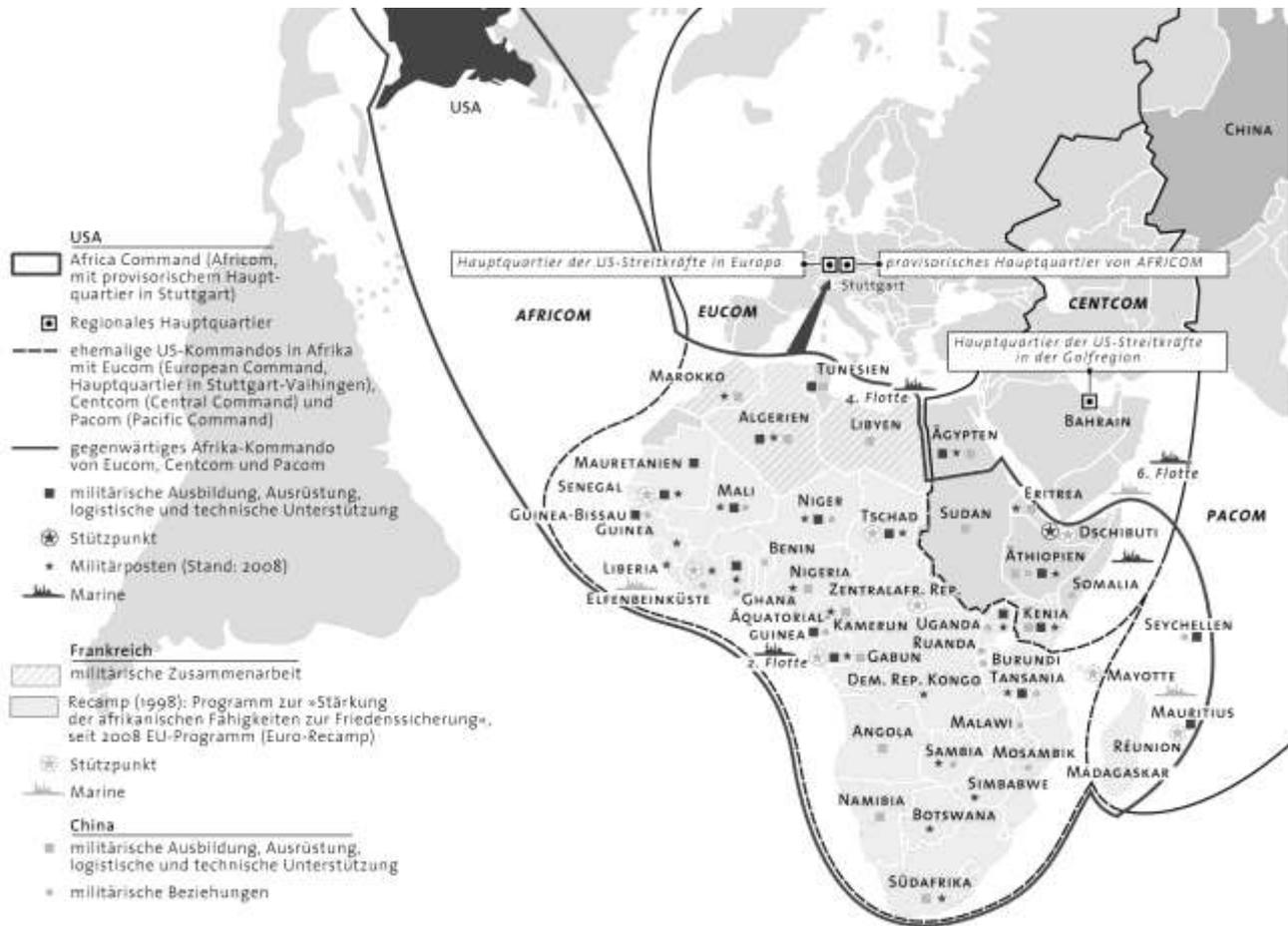
Eine Reaktion für diese, von Washington als große Bedrohung wahrgenommene Entwicklung war die Gründung von AFRIKOM als eigenständiges Kommando der US-Streitkräfte. Ein entscheidender Anstoß dafür war ein Report der „Afrikanischen Öl-Politik Initiative“ AOPIG von 2002 gewesen, der hervorhob, dass die USA bis 2015 über 25 Prozent ihres Erdöls aus Afrika beziehen werden und auf die zunehmend engeren Beziehungen zwischen afrikanischen Ländern und China hinwies.

Asante sieht daher die große Gefahr, dass die USA die Angriffe auf Libyen als Test für die Effektivität von AFRICOM benutzen und der Krieg die Tür zu weiteren direkten Interventionen in Afrika öffnen wird.

Fast alle afrikanischen Länder ließen sich mittlerweile in militärische Partnerschaften einbinden. AFRICOM unterhält nun direkte militärische Beziehungen zu den Armeen von 50 afrikanischen Staaten. Nur fünf Staaten verweigerten sich bzw. wurden nicht gefragt: Libyen, Sudan, die Elfenbeinküste, Eritrea, die Demokratische Arabische Republik Sahara und Zimbabwe. In der Elfenbeinküste hat das französische Militär nach den umstrittenen Wahlen mit Alassane Ouattara einen stellvertretenden Direktor des Internationalen Währungsfonds ins Präsidentenamt gehievt, der das Land nun in das von den USA und der NATO geformte Militärbündnis „West African Standby Force“ führen wird. Der Sudan wurde geteilt, Libyen liegt nun unter Feuer und Zimbabwe gilt neben Syrien als

³⁶ [Wasserversorgung in Frankreich: Kurswechsel](#), ARTE, 22.3.2011

³⁷ Colin Benjamin, [Libya, AFRICOM, And US Scramble For Africa](#), Black Star News, 8.4.2011



Präsenz ausländischer Militärs in Afrika (aus Atlas der Globalisierung 2009, Le Monde diplomatique)

wahrscheinlichster Kandidat für den nächsten Angriff der NATO-Staaten.

Libyen steht mit seinem Engagement für die Eini-gung der afrikanischen Länder und die Förderung der Afrikanischen Union (AU) dem Bemühen der USA und der alten Kolonialmächte, ihren Einfluss in Afrika wieder auszuweiten diametral entgegen. Auch in wirtschaftlicher Sicht ermöglichte Libyen zum Ärger westlicher Staaten eine größere Un-abhängigkeit. Libysches Geld trug entscheidend für die Realisierung des ersten afrikanischen Tele-kommunikationssatelliten bei. Er trat im August 2010 in den Orbit ein und ermöglicht es den Afri-kanischen Ländern, sich schrittweise von den ame-rikanischen und europäischen Satellitensystemen unabhängig zu machen und dabei jährlich 500 Mil-lionen Dollar einzusparen.

Libyschen Gelder sind auch die Basis für drei Fi-nanzinstitute der AU, die gerade geschaffen wer-den: die Afrikanische Investmentbank, die Afrikanischen Zentralbank und der Afrikanische Wäh-rungsfonds. Diese Institute sollen es den afrikanischen Ländern zukünftig ermöglichen, sich der Kon-trolle von Weltbank und Weltwährungsfonds, den beiden wichtigen Instrumenten neokolonialer westli-cher Dominanz, Schritt für Schritt zu entziehen.

Auf bilateralen Schienen trug bisher auch die Li-bysch-Arabisch-Afrikanische Investment Gesell-schaft Einiges zur selbständigen Entwicklung des

schwarzen Kontinents bei. Sie hat in den letzten Jahren in 22 sub-saharischen Länder investiert und geplant, diese Investitionen erheblich auszubauen, vor allem in den Sektoren Bergbau, verarbeitende Industrie, Tourismus und Telekommunikation.³⁸

Das Einfrieren der libyschen Fonds und Guthaben durch die USA und der EU hat diesen Projekten be-reits schwere Schläge versetzt. Die angestrebte Übertragung auf eine neue, von den Rebellen und westlichen Großbanken kontrollierte Zentralbank in Bengasi würde das Aus bedeuten.

Störenfriede am Mare Nostrum

Gaddafi stellte sich auch gegen die von der EU 2008 gegründete „Mittelmeerunion“ und nannte sie einen „neo-kolonialen Trick“ um die arabische und afrikanische Einheit zu zerstören. Treibende Kraft hinter der Initiative, die 27 EU-Staaten mit den 17 nicht zur EU gehörenden Mittelmeerländern in ei-ner neuen Union zu vereinen war der französische Präsident Nicholas Sarkozy. Seine „große Idee“ da-hinter, so der britische Daily Telegraph „ist Roms imperiales Zentrum der Welt als einigenden Faktor zu benutzen um 44 Länder, Heimat von 800 Millio-

³⁸ [Der Raub des Jahrhunderts: Die Beschlagnahme der Gelder der staatlichen libyschen Fonds durch die „Willigen“](#), Il Manifesto, 22..4.2011

nen Menschen zusammenzuführen.“

Der libysche Führer jedoch begründete seinen Boykott damit, dass es sich nur um ein weiteren imperialistischen Ansatz handele. „Es gibt imperialistischen Karten und Pläne die wir bereits aufgerollt haben. Wir wollen sie nicht wieder haben.“ Nun, drei Jahre später bombardieren Sarkozys Mirage- und Rafale-Kampffjets seine Truppen.³⁹

Nachdem die NATO in Afghanistan ihren Krieg in Asien führt ist dies nun der erste Krieg der NATO in Afrika. Mit der Beseitigung Gaddafis wäre das Militärbündnis nach dem Krieg gegen Jugoslawien auch einen Schritt weiter das Mittelmeer, das Mare Nostrum Roms, das im Schnittpunkt dreier Kontinente liegt, zum Binnenmeer der NATO zu machen. Nach dem Anfang des Jahres Zypern der NATO-Partnerschaft beigetreten ist, Israel, Jordanien, Ägypten, Algerien, Tunesien und Marokko durch den „Mittelmeer Dialog“ der Allianz eingebunden sind, stehen nur noch drei Mittelmeerrainer außerhalb des Militärbündnis, Syrien, Libanon und Libyen.

„Partnerschaft“ mit der Nato bedeutet Öffnung des Landes für dessen Militär, insbesondere für US-Truppen und die US-Marine. Die ständige Präsenz ihrer Streitkräfte im Mittelmeerraum ermöglichte, wie US-Admiral Gary Roughead vor kurzem erklärte, den USA die unverzüglichen Angriffe auf Libyen. Alles war schon vor Ort und bereit zum Losschlagen.

Mit USA, Großbritannien und Frankreich führen die drei militaristischen Länder den Krieg, so der US-amerikanische Politologe James Petras, die ökonomisch im Niedergang sind. Auf der anderen Seite stehen mit den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) die wirtschaftlich aufstrebenden Länder gegen den Krieg.⁴⁰ Mit Deutschland scherte das westliche Land aus der Kriegsfront aus, das aktuell am wenigsten Probleme im internationalen Wettbewerb hat.

Trotz erheblicher Differenzen schlossen sich am Ende doch die meisten westlichen Staaten der Kriegsallianz an. „Das unsichtbare Band das sie zusammenbindet“, so die chinesische People's Daily, „ist ihr gemeinsames Ziel, die Dominanz des Westens in internationalen Angelegenheiten zu erhalten. [...] Obwohl es eine wachsende interne Kluft in der westlichen Welt gibt, werden sie weiterhin zusammenhalten, wenn sie ihren dominanten Status bedroht fühlen.“⁴¹

³⁹ Rick Rozoff, [Libyan War And Control Of The Mediterranean](#), a.a.O

⁴⁰ James Petras and Robin E. Abaya, [The Euro-US War on Libya: Official Lies and Misconceptions of Critics](#), thepeoplesvoice.org, 30.3.2011

⁴¹ [Western countries should abandon illusion of world domination](#), People's Daily, 2.4.2011

Bombenterror

735 Kampfeinsätze flog die Westallianz allein in den ersten 10 Tagen. In der Folge häuften sich die Meldungen über Opfer unter der Zivilbevölkerung. Der Vertreter des Vatikans in Tripolis, Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli hatte selbst bis Ende März schon 40 durch NATO-Bomben getötete Zivilisten gezählt, ein Arzt aus der Hafenstadt Misrata sprach von 160 Toten. Die Bombardierungen gingen nach dem Wechsel des Kommandos an die NATO unvermindert weiter. In den ersten sechs Wochen ordnete sie 2600 Luftangriffe an, das sind über 60 pro Tag.⁴² Auch Uranmunition, mit der bereits Kampfgebiete im Irak, Jugoslawien und Afghanistan radioaktiv verseucht wurden, kommt offenbar wieder zum Einsatz.

Die Opfer dieser Angriffe, die in den Medien nie Erwähnung finden, müssen mittlerweile in Hunderte wenn nicht Tausende gehen.

Bischof Martinelli berichtet fast täglich über die katholische Nachrichtenagentur *Agenzia Fides*⁴³ von schwerem nächtlichem Bombardement und fürchterlichen Explosionen in unmittelbarer Nähe seiner Kirche, inmitten eines Wohngebietes. Für ihn sind die Bombenangriffe „eine Niederlage für die Menschlichkeit.“⁴⁴

In dem Maße, wie militärische Ziele ausgingen, konzentrierten sich die Angriffe auf zivile Einrichtungen. In orwellscher Manier werden auch diese Bombardierungen, die täglich neue Opfer fordern, mit der Standardphrase „Schutz der Zivilbevölkerung“ gerechtfertigt, sogar die Bombardierung von Fernsehstationen. Diese würden für Appelle des Machthabers an seine Anhänger und staatliche Propaganda genutzt.⁴⁵

Offen kündigte die NATO-Führung an, nun auch verstärkt Regierungsgebäude, „Kommunikationseinrichtungen und andere wichtige Institutionen, die der libyschen Regierung nützen“ zu bombardieren. Diese „Verlagerung der Ziele“ geschehe in der „Absicht, die Macht von Oberst Muammar al-Gaddafi zu schwächen und seine Streitkräfte zu frustrieren“.

Wie beim elfwöchigen Bombenkrieg gegen Jugoslawien, sollen die massiven Zerstörungen staatlicher Einrichtungen, Medien etc. zudem, so die NATO-Führer, der Bevölkerung die Aussichtslo-

⁴² [NATO and Libya - Operational Media Update for 16 May](#), NATO HQ, 17.5.2011

⁴³ auf Deutsch: Fidesdienst – Presseorgan der Päpstlichen Missionswerke www.fides.org/aree/news.php?lan=deu

⁴⁴ [Bischof Martinelli aus Tripolis: „Bombenangriffe: eine Niederlage für die Menschlichkeit“](#), Agenzia Fides, 27.4.2011

⁴⁵ [NATO widens air war in Libya, targeting key sites in Tripoli](#) – A state TV facility and one of Kadafi's residences have been hit. Los Angeles Times, 26.4.2011

sigkeit des Widerstands demonstrieren und sie dazu bewegen, sich gegen ihre Regierung zu stellen.⁴⁶ Bombardierungen ziviler Ziele mit dem Ziel die Betroffenen politisch zu erpressen, sind eindeutige Kriegsverbrechen, ein klarer Akt von Staatsterror gegen eine wehrlose Bevölkerung.

Ein vorrangiges Ziel ist, wie die gezielten Angriffe auf seine möglichen Aufenthaltsorte deutlich zeigen, den Revolutionsführer zu liquidieren. Die NATO habe „eine Jagd auf Gaddafi“ begonnen „mit dem Ziel, ihn zu eliminieren“ berichtete u.a. auch der britische Nachrichtensender Sky News. Da der Staatschef immer noch über erheblichen Rückhalt im Land verfügt, werde seine Beseitigung als einzige Möglichkeit angesehen, die festgefahrene Situation in Libyen aufzulösen, so die britische Tageszeitung Daily Telegraph.⁴⁷

Beim Angriff auf eine Residenz von Gaddafi am 25.4. wurden 15 Zivilisten getötet.⁴⁸ Bei einem weiteren Mordversuch auf ihn, durch die Bombardierung eines Wohnhauses in einem reinen Wohngebiet, wurden vier Tage später sein jüngster Sohn Saif al-Arab al-Gaddafi und drei Enkelkinder hingemetzelt. Nichts deutet daraufhin, dass das Haus mehr war, als die Wohnung einer Familie. Gaddafi selbst sei in dem getroffenen Haus gewesen, sei aber unverletzt geblieben, teilte ein Regierungssprecher in Tripolis mit.⁴⁹

Zahlreiche Regierungen verschärften daraufhin ihre Kritik am militärischen Vorgehen der NATO in Libyen, das weit über die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 hinausgeht. Die Afrikanische Union (AU) forderte die NATO eindringlich auf, Militäreinsätze gegen Mitglieder der libyschen Führung und die „sozio-ökonomische Infrastruktur“ Libyens zu unterlassen.⁵⁰ Niemand hat, so auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin, gewissen Staaten das Recht erteilt, den libyschen Staatschef Muammar Gaddafi hinzurichten.⁵¹ „Was ist das für eine Flugsperrung, wenn jede Nacht Paläste bombardiert werden“, so Putin in einer Pressekonferenz in Kopenhagen weiter. Was bedeute das, „wenn die gesamte sogenannte zivilisierte Gemeinschaft mit ihrer gesamten Macht über ein kleiner Land herfällt

und seine über Generationen aufgebaute Infrastruktur zerstört?“⁵²

Ausblick

Nach sechs Wochen hatte die NATO laut eigenen Angaben gut 40 Prozent der militärischen Kapazität Libyens zerstört. Die militärische Lage blieb dennoch festgefahren. Die britische Luftwaffe rechnet damit, dass sie den Luftkrieg noch mindestens weitere sechs Monate fortführen müsse.⁵³ Wie viele Experten voraussagten, genügen Luftangriffe nicht, um den Aufständischen zum Sieg zu verhelfen. Diese sind zu schwach und haben außerhalb ihrer Hochburgen offensichtlich wenig Unterstützung. Die Kämpfe am Boden haben sich zwischen den beiden Städten Misrata und Brega festgefahren. Während die libysche Regierung sich jedoch kompromissbereit zeigt und alle Vermittlungsvorschläge akzeptierte, blieben die Führung der Aufständischen und Kriegsallianz unerbittlich und setzen weiterhin auf deren Sturz. Es ist daher abzusehen, dass die Forderung nach dem Einsatz von Bodentruppen immer lauter wird.

„Ich sehe keine unmittelbare Lösung im Konflikt zwischen den NATO-Streitkräften und den libyschen Rebellen auf der einen und Muammar Gaddafi auf der anderen Seite“, meint Giuseppe Sacco, Professor für internationale Beziehungen an der Luiss Universität in Rom. Der Bürgerkrieg werde zum Krebsgeschwür das die territoriale Einheit des Landes zerstöre und zu seiner Teilung führe. „Die Rebellen sind fragil und Gaddafi ist stark, er genießt immer noch breite landesweite Unterstützung. Warum sollte er zurücktreten und ins Exil gehen, solange sein Regime noch nicht zusammen gebrochen ist? Seit dem Überlauf des Außenministers hat niemand mehr aus seinem Gefolge ihn verlassen.“ Die NATO-Operation sei eine neue Form des Kolonialismus, so Sacco weiter, aber die Luftangriffe könnten nicht ewig weitergehen.⁵⁴

Vorbereitet wird Einsatz von Bodentruppen schon längst – unter dem Vorwand, Hilfslieferungen eventuell militärisch durchsetzen zu müssen. Unabhängig davon operieren Hunderte Elite-Soldaten von Spezialeinheiten der USA, Frankreich und Großbritannien schon seit langem auf dem Boden des nordafrikanischen Landes, einige vermutlich schon vor dem Beginn des Aufstandes.⁵⁵ Diese liefern nicht nur Zieldaten für die Bomben, sondern

⁴⁶ [NATO Says It Is Broadening Attacks on Libya Targets](#), New York Times, 26.4.2011

⁴⁷ [NATO urged to target Gadhafi](#), The Daily Telegraph, 25.4.2011, siehe auch: [We might try to kill Gaddafi with air strike, says Defence Secretary Liam Fox](#), The Daily Telegraph, 21.3.2011

⁴⁸ Gaddafis Anhänger jubeln, BerlZ 26.04.2011

⁴⁹ [Gaddafis jüngster Sohn stirbt bei Nato-Angriff](#), Spiegel Online, 1.5.2011, [Wenn Gaddafi ins Visier gerät](#), F.A.Z., 02.05.2011

⁵⁰ [Afrikanische Union fordert: Keine Bomben auf Regierungsvertreter](#), STANDARD 27.04.2011

⁵¹ [Putin: Spitzenpolitiker der Welt nicht zur Hinrichtung von Gaddafi berechtigt](#), RIA Novosti. 26.04.2011

⁵² [Putin: Libya coalition has no right to kill Gaddafi](#), Reuters, Tue Apr 26, 2011

⁵³ Barry Grey, [USA und Alliierte richten sich auf langen Krieg in Libyen ein](#), WSWS, 7.4.2011

⁵⁴ [Expert: NATO's New Colonialism Threatens Libya With Protracted Conflict](#), Xinhua, 19.4.2011

⁵⁵ [Die CIA-Schattenkrieger in Libyen](#), Berliner Zeitung, 01.04.2011 und Malte Daniljuk, [Der merkwürdige Aufstand](#), amerika21.de, 26.3.2011

sollen auch die Schlagkraft der Rebellen-Milizen durch Ausbildung und Beratung erhöhen. Ungeachtet des, an sich für beide Seiten geltenden Waffenembargos werden die Aufständischen zudem auch seit Wochen über Ägypten mit modernsten Waffen versorgt.⁵⁶

Vermutlich sind auch bereits Söldner aus den NATO-Staaten auf Seiten der Rebellen im Einsatz, wie es führende britische Militärs ihrem Premierminister David Cameron vorgeschlagen haben. „Es ist klar, dass wir den Krieg nicht aus der Luft gewinnen“, so ein britischer Offizier gegenüber der Daily Mail. Während die Luftwaffe Ziele aus der Luft angreift, könnten Söldner die Arbeit am Boden vollenden.⁵⁷

Mit einem kurzfristigen Einsatz von Bodentruppen der NATO ist es auch bei einem militärischen Erfolg und dem Sturz Gaddafis nicht getan, der Widerstand ginge wie im Irak mit Sicherheit weiter. Weil eine längere Besatzung eines weiteren Landes außen- und innenpolitisch schwer durchzusetzen wäre, könnte die NATO sich auch mit einer Teilung Libyens zufrieden geben, bei der die libyschen Verbündeten mit der Kontrolle über den Osten auch über 80 Prozent der Ölfelder verfügen würden. Der Bürgerkrieg könnte sich dabei über Jahre hinziehen und das Land immer mehr verwüsten. Die Schätzungen über die Zahl der Toten infolge der bisherigen Kämpfe belaufen sich nach Angaben des US-Botschafters in Libyen, Gene Cretz bereits auf 10.000 bis 30.000 Toten.⁵⁸

Der neue Krieg „der Willigen“ gegen das ölreichste Land Afrikas gleicht in gewisser Hinsicht dem Krieg gegen den Irak. Auch er zielt auf einen „Regime Change“ und die Kontrolle der Ressourcen. Er kann leicht ähnlich fürchterlich enden wie im Zweistromland.

Über eine Million Iraker wurden in der Folge getötet, über vier Millionen – ein Sechstel der Bevölkerung – wurden zu Flüchtlingen. Die einst – ähnlich wie in Libyen – relativ weit entwickelte irakische Gesellschaft wurde in den Abgrund gestürzt und der Zerfall schreitet noch immer fort. Die Hälfte der knapp 30 Millionen Einwohner lebt nun in äußerster Armut, Millionen Iraker hungern. Die Versorgung mit Trinkwasser und Strom ist miserabel und die einst vorbildlichen Gesundheits- und Bildungssysteme liegen am Boden.⁵⁹

⁵⁶ Arnold Schölzel, [Kriegslügen widerlegt](#), jW, 1.4.2011

⁵⁷ Chris Marsden, [US Senate discusses sending troops to Libya](#), WSWS, 9.4.2011

⁵⁸ [NATO-Angriff tötet zwölf Rebellen, US-Botschafter spricht von 10.000 bis 30.000 Toten](#), Der Standard, 28.4.2011

⁵⁹ siehe J. Guilliard, [Libyens Wohlstand – Überlegungen zum drohenden „Preis der Freiheit“](#) Ossietzky 8/2011

»Übergangsrat ist ein obskures Gremium«

Bisher weiß niemand so genau, wer das Führungspersonal der libyschen Rebellen eigentlich ist. Ein Gespräch mit Lucio Caracciolo

Interview: Raoul Rigault



Lucio Caracciolo (57) ist Direktor der italienischen Zeitschrift für Geopolitik Limes und lehrt an der privaten LUISS-Universität in Rom

Die NATO macht jetzt offenbar gezielt Jagd auf Libyens Diktator – einer seiner Söhne soll schon einer Bombe zum Opfer

gefallen sein. Wie kann sich Muammar Al-Ghaddafi so lange halten?

Meines Erachtens sind die Ereignisse das Ergebnis der Kombination dreier Faktoren: der internen Vorbereitung des Staatsstreichs, des französischen und vielleicht auch britischen Versuchs, sich diesen zunutze zu machen sowie des Ausbruches einer neuen Revolte in Bengasi. Da keiner dieser drei Prozesse für sich genommen und nicht einmal alle zusammen imstande waren, Ghaddafis Herrschaft zu beenden, stehen wir jetzt vor einer Pattsituation.

Die internationale Intervention wurde unter Berufung auf einen humanitären Notstand beschlossen. Es war von Massengräbern und zehntausend Toten die Rede. Eine Erfindung?

Ohne Frage. Den humanitären Notstand gab es nicht, auf jeden Fall nicht in den Dimensionen, wie berichtet. Diese Darstellung war eine gezielte Operation des Fernsehkanals Al-Dschasira und anderer Medien, die unkritisch das übernahmen, was die arabischen Satellitensender erzählten. Derartige Berichte waren dann entscheidend, um die USA zur Unterstützung der Militäroperation zu bewegen. Engländer und Franzosen allein hätten eine UN-Resolution, die ihre Intervention legitimiert, nicht durchsetzen können. Ohne grünes Licht von Washington hätte sich nichts getan. Im Moment tragen allerdings Frankreich und Großbritannien die Hauptlast der Operation.

Wenn die USA sich nicht stärker engagieren, liegt das erstens daran, daß Libyen für sie strategisch bedeutungslos ist. Zweitens fehlt ihnen das Geld. Drittens sind sie mit anderen kostspieligen Kriegen beschäftigt. Viertens würde die US-Politik bei einem militärischen Engagement in Libyen in großen Schwierigkeiten stecken, falls parallel in strategisch wichtigeren Ländern (zum Beispiel am Persischen Golf) etwas Ernsthaftes passiert. All das zusammen-

genommen hat Pentagon und CIA veranlaßt, von einer Intervention in Libyen abzuraten. Nach dem von den Medien ausgeübten Druck beschränken sich die USA nun auf das notwendige Mindestmaß.

Es wird allgemein vom »arabischen Frühling« geredet – aber kann man die Ereignisse in Libyen, Tunesien und Ägypten wirklich gleichsetzen?

Die haben absolut nichts miteinander zu tun. Vielleicht gab es einen Nachahmungseffekt, aber nicht mehr. Selbst abgesehen von den realen Intentionen derjenigen, die Ghaddafi bekämpfen, unterscheidet sich die Situation in Libyen von derjenigen in Ägypten.

Wer sind diese Rebellen?

Das weiß niemand so genau. Der berühmte Übergangsrat ist ein obskures Gremium, das intern zwischen den verschiedenen politischen und militärischen Befehlshabern gespalten ist. Über deren Ansichten und Ziele mehr herauszufinden ist schwierig. Wir sollten auch nicht vergessen, daß in Libyen Ghaddafi der Staat war. Er bestimmte die Kräfteverhältnisse durch die Manipulation der Stammes- und Klaninteressen und nutzte die Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft, um ein Konsenssystem aufzubauen.

Welche Rolle spielen westliche Ölgesellschaften bei dieser Intervention? Haben wir es mit einem »Krieg ums Öl« zu tun, bei dem einzelne EU-Staaten miteinander konkurrieren?

Das glaube ich nicht. Dies ist kein Krieg zwischen dem französischen Total-Konzern und der italienischen ENI. Die grundlegenden Motivationen sind politische. Allerdings wird die Sache auch energiepolitische Auswirkungen haben. Je nachdem, wer die Rohölförderung und die Terminals kontrolliert, werden sich die Kräfteverhältnisse in Libyen verändern.

Viele Beobachter befürchten eine Infiltration durch Al-Qaida oder eine islamische Radikalisierung der Rebellen. Ist da etwas dran?

Wir wissen, daß der islamische Fundamentalismus eine libysche Wurzel hat. Es besteht allerdings auch kein Zweifel, daß in dieser Diskussion Ghaddafis Propaganda eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Den libyschen Aufstand als »Al-Qaida-Revolt« zu betrachten, erscheint mir abwegig, was jedoch nicht heißt, daß nicht bei einem längeren Andauern der Krise Elemente von Fundamentalismus auftreten können.

Völkerrecht contra Bürgerkrieg Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim

Prof. Reinhard Merkel, FAZ, 22.3.2011

Ob man Diktatoren zum Teufel jagen soll, ist die eine Frage - selbstverständlich soll man das, so gut es geht. Man muss sich aber auch dem trostlosen Befund aussetzen: Die Intervention der Alliierten in Libyen steht auf brüchigem normativem Boden.

Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats vom 17. März, die den Weg zur militärischen Intervention in Libyen freigab, und Maß und Ziel dieser Intervention selbst überschreiten die Grenzen des Rechts. Nicht einfach nur die Grenzen positiver Normen – das geschieht im Völkerrecht oft und gehört zum Motor seiner Entwicklung. Sondern die seiner Fundamente: der Prinzipien, auf denen jedes Recht zwischen den Staaten beruht. Die Entscheidung der Bundesregierung, der Resolution nicht zuzustimmen, war richtig. Die empörte Kritik daran ist so kurzsichtig und fahrlässig wie die Entscheidung des Sicherheitsrats und die Art der Intervention selbst: kurzsichtig im Ausblenden wesentlicher Voraussetzungen der Situation in Libyen, fahrlässig im Hinblick auf die Folgen dieses Kriegs für die Normenordnung der Welt.

Strenger als es der Sicherheitsrat getan hat, müssen zwei denkbare Ziele der Intervention unterschieden werden: die Verhinderung schwerer völkerrechtli-

cher Verbrechen und die gewaltsame Parteinahme zur Entscheidung eines Bürgerkriegs. Beides unterliegt höchst unterschiedlichen Möglichkeiten der Rechtfertigung. An eine dritte Unterscheidung sei vorsichtshalber erinnert: Ob man Gewalttaten unterbinden oder Diktatoren zum Teufel jagen soll, ist die eine Frage – selbstverständlich soll man das, so gut es geht. Eine ganz andere ist es aber, ob man zu diesem Zweck einen Krieg führen darf, dessen Folgen politisch wie normativ schwer abzusehen sind.

Das Ziel, einen Tyrannen zu stürzen und bewaffneten Aufständischen dabei zu helfen, ist kein legitimer Titel zur gewaltsamen Intervention dritter Staaten. Die Gründe dafür sind nicht bloß solche des positiven Völkerrechts, wiewohl sie sich dort zahlreich finden, etwa in Artikel 3 des Zweiten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen von 1977 oder in der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs im Streitfall „Nicaragua v. U.S.A.“ von 1986. Diese Normen statuieren ein striktes Verbot

des militärischen Eingreifens in Bürgerkriege auf fremdem Territorium. Wer will, mag mit der gängigen Nonchalance mächtiger Staaten im Umgang mit dem Völkerrecht darüber hinwegsehen. Aber als Ordnung des Rechts ist die zwischenstaatliche Ordnung mehr als der bloße Modus vivendi einer unregulierten Machtpolitik.

Der demokratische Interventionismus ist eine Missgeburt

Schon Kant hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1796 festgehalten, die Intervention äußerer Mächte in einen unentschiedenen Bürgerkrieg sei „eine Verletzung der Rechte eines nur mit seiner inneren Krankheit ringenden, von keinem andern abhängigen Volks“, ein „Skandal“, der „die Autonomie aller Staaten unsicher“ mache. Dieser Satz bezeichnet das normative Grundproblem aller Interventionen in fremden Bürgerkriegen richtig. Solange die innere Auseinandersetzung andauert, verdrängt die konfliktentscheidende Parteinahme von außen für eine der kämpfenden Seiten die andere gewaltsam aus ihrer legitimen Rolle als Mitkonstituent der künftigen innerstaatlichen Verfasstheit. Ja, auch der interne Sieg einer der Parteien kann dies bewirken, so wie es durch das Regime eines Despoten vom Schlage Gaddafis schon zuvor dem größten Teil des Volkes aufgezwungen worden sein mag. Aber Kant hat recht mit dem Hinweis, das bezeichne ein Ringen des Volkes mit seiner „inneren Krankheit“, verletze jedoch dessen Autonomie gegenüber anderen Völkern nicht. Das tut erst die gewaltsame Entscheidung des Konflikts durch externe Dritte. Und genau deshalb bedroht sie die Grundnorm des Rechtsverhältnisses aller Staaten: deren Gleichheit und Autonomie.

Ganz gewiss: Gaddafi ist ein Schurke, dessen Entfernung von der Macht ein Segen wäre, nicht nur für Libyen. Aber die Annahme, die ihn bekämpfenden Rebellen seien eine Demokratiebewegung mit homogenen freiheitlichen Zielen, ist lebensblind. Niemand durchschaut das dunkle Gemisch politisch-ideologischer Orientierungen unter den Rebellen derzeit auch nur annähernd. Was man dagegen sehr genau kennt, und nicht erst seit 2003, sind die Schwierigkeiten eines demokratischen State-Building ohne historisches Fundament und nach einem extern erzwungenen Regimewechsel. Sollte man nicht meinen, die führenden Politiker der westlichen Welt hätten inzwischen gelernt, was schon Kant gesehen hat? Die wichtigste Ressource eines solchen State-Building, die prinzipielle Loyalität der großen Mehrheit eines Volkes, dürfte durch den gewaltsamen Eingriff von außen weit nachhaltiger zerstört als durch die Entmachtung eines Despoten gewährleistet werden.

Was das für Libyens politische Zukunft heißt, mö-

gen die Experten für die arabische Welt ermessen. Was es aber normativ heißt, liegt auf der Hand: Ein Ziel, das nicht oder doch nicht in akzeptabler Weise erreichbar ist, taugt als legitimierender Grund von vornherein nicht. Der demokratische Interventionismus, propagiert 2003, als sich die irakischen Massenvernichtungswaffen als Lüge erwiesen, und jetzt in der euphemistischen Maske einer Pflicht zur kriegerischen Hilfe im Freiheitskampf wieder erstanden, ist politisch, ethisch und völkerrechtlich eine Missgeburt.

Dass Gaddafi keinen Völkermord begonnen hat, ist evident

Man wird einwenden, das alles laufe an Sinn und Ziel der Intervention vorbei. Das Mandat des Sicherheitsrats decke allein die zum Schutz der Zivilbevölkerung erforderlichen Gewaltmittel, und nur diese würden zu nichts anderem als jenem Schutzzweck auch eingesetzt. Das ist zwar de facto nicht wahr und im klaren Bewusstsein aller Beteiligten von Anfang an nichts anderes gewesen als eine rhetorische Geste an die Adresse des Völkerrechts. Sofort nach Beginn der Kriegshandlungen hat man in England und Amerika verdeutlicht, ohne den Sturz Gaddafis sei die Situation nicht zu bereinigen. Hätten die Verfasser der Resolution deren humanitäre Begrenzung ernst gemeint, dann hätten sie die drohende Nötigung, mit der Gewalt aufzuhören, deutlich an beide Seiten richten müssen. Das haben sie nicht. Es ist aber ein normatives Unding, zur Befriedung eines militärischen Konflikts die Machtmittel der einen Seite auszuschalten, um denen der anderen zur freien Wirkung zu verhelfen. Nur so freilich lässt sich der Sturz Gaddafis erreichen. Und eben darum geht es.

Nun also: Darf man zum Schutz der Zivilbevölkerung eines anderen Staates gegen diesen Staat Krieg führen? Ja, in Extremfällen darf man das – wenn sich nur so ein Völkermord oder systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhindern lassen, wie sie Artikel 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs beschreibt. Das hat die Entwicklung des Völkerrechts in den vergangenen zwei Jahrzehnten klargestellt. Gestritten wird zwar, ob eine solche Intervention auch ohne Mandat des Sicherheitsrats legitim sein kann. Aber für die gegenwärtige ist das belanglos.

Dass Gaddafi keinen Völkermord begonnen oder beabsichtigt hat, ist evident. Ein Völkermord setzt hinter allen dabei begangenen Taten das Ziel voraus, „eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche“ zu zerstören. Nichts spricht dafür, dass die offensichtliche Intention Gaddafis, einen Aufstand – mit welcher Brutalität immer – niederzuschlagen, von diesem für ihn sinnlosen Motiv begleitet wäre.

Kollaterale Opfer unter Zivilisten ändern daran nichts

Haben Gaddafis Truppen systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder doch als bevorstehend befürchten lassen? Die Antwort lautet beide Male: nein. Hier vor allem darf man sich den Blick nicht vom Nebel irreführender Phrasen trüben lassen. Wer aus noch so berechtigter Empörung über die Brutalität militärischer Gewalt ihr mit dem Siegel „Völkermord“ oder „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ die Affinität zu deren Urbildern bescheinigt: den Massenmorden der Nationalsozialisten, sollte bedenken, was das bedeutet: den Zugriff auf die fundamentalen Normen der Weltordnung. Denn solche Verbrechen erlauben den Krieg, das dritte der schwersten Menschheitsübel und ihrer trostlosen Geschichte. Wer so fahrlässig wie die Regierungen der Intervenienten, viele westliche Medien und leider auch die Resolution des Sicherheitsrates mit solchen Zuschreibungen umgeht, tastet die Grundnorm des Völkerrechts und damit dieses selbst an: das Gewaltverbot zwischen den Staaten.

„Der Diktator führt Krieg gegen sein eigenes Volk, bombardiert systematisch seine eigene Bevölkerung, massakriert die Zivilbevölkerung seines Landes“ - ja, das alles, in den vergangenen Tagen tausendfach wiederholt, wären Beispiele für gravierende Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber Gaddafi führt Krieg gegen bewaffnete Rebellen, die ihrerseits Krieg gegen ihn führen. Kämpfende Aufständische, und wären sie Stunden zuvor noch Bäcker, Schuster und Lehrer gewesen, sind keine Zivilisten. Dass Gaddafis Truppen gezielt Zivilisten töteten, ist vielfach behauptet, aber nirgends glaubhaft belegt worden. Und jeder nach außen legitimierte, also autonome Staat der Welt, darf - in bestimmten Grenzen - bewaffnete innere Aufstände zunächst einmal bekämpfen. Bevor man diese Feststellungen nun mit dem Zwischenruf abschneidet: „Aber hier ein Tyrann, durch nichts legitimiert, dort Kämpfer für ihre Freiheit und Menschenrechte!“, sollte man sich die Redlichkeitspflicht zumuten, einen Sachverhalt zunächst vollständig zu betrachten und ihn erst dann zu beurteilen.

Nach Kriterien, die sich inzwischen auch im Völkerrecht durchsetzen, war Gaddafis Despotenregime nach innen, der eigenen Bevölkerung gegenüber, niemals legitim. Davon zu unterscheiden ist seine Legitimität nach außen gegenüber allen anderen Staaten der internationalen Gemeinschaft. Und diese Legitimität ist freilich unbestreitbar - die wirksame, international anerkannte Funktion eines für sein Land handelnden, Verträge schließenden, die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen repräsentierenden und andere Rollen ausübenden Machthabers. Diese externe Legitimität gegenüber der Völkergemeinschaft verliert ein Regime und

mit ihm der Staat selber erst dann, wenn es die Grundpflichten jedes Staates, die seine Existenz als zwangsrechtliche Ordnung allererst legitimieren, missachtet, ja in ihr Gegenteil verkehrt: mit der systematischen Vernichtung der eigenen Zivilbevölkerung oder großer Teile von ihr im Modus völkerrechtlicher Verbrechen. Dann wird es zum legitimen Ziel einer humanitären Intervention. Wer aber militärisch gegen militärisch agierende Rebellen vorgeht, tut und wird dies nicht. Kollaterale Opfer unter Zivilisten, die das in kommunalen „Rebellenhochburgen“ unausweichlich mit sich bringt, ändern daran nichts. Dies werden, so bitter das ist, in den nächsten Tagen die kollateralen Opfern der Intervenienten in vermutlich nicht geringerer Zahl zur quälenden Anschaulichkeit bringen.

Das rechtsethische Prinzip des Notstands

Aber heißt dies alles nicht, einem geknechteten Volk das Recht bestreiten, sich gegen seinen Unterdrücker zu erheben? Nein. Es bezeichnet die Schwelle, jenseits derer externe Mächte in das Ringen eines Volkes „mit seiner inneren Krankheit“ gewaltsam eingreifen dürfen. Doch auch für die innere Legitimation eines bewaffneten Aufstands gibt es normative Schranken. Das zeigt sich, wenn man die rechtsethischen Prinzipien bedenkt, auf die er sich stützen kann. Für die kämpfenden Rebellen selbst, und stellvertretend auch für die mit ihrem Vorgehen Einverstandenen, ist dies das Prinzip der Notwehr. Schon Aristoteles hat gesehen, dass sich daraus selbst die Ermordung des Tyrannen rechtfertigen lässt.

Aber die militärische Rebellion in einem modernen Staat ist immer verbunden mit zahllosen Opfern unter der Zivilbevölkerung, die den Aufstand nicht wünschen. Dass es Millionen Libyer gibt und viele unter den zivilen Opfern geben würde, die den bewaffneten Kampf gegen Gaddafi missbilligt haben, wusste man vorher. Natürlich ist deren Tötung auch Gaddafis Truppen zuzurechnen. Aber den Rebellen, die den Kampf begonnen haben, ebenfalls. Solchen Opfern wird der Tod für ein Ziel aufgezwungen, das sie nicht gewollt haben. Rechtfertigen lässt sich dies allenfalls nach dem rechtsethischen Prinzip des Notstands. Freilich ist grundsätzlich niemand verpflichtet, sein eigenes Leben für die Ziele Anderer opfern zu lassen. Das deutet an, wie hoch auch die staatsinterne Schwelle sein muss, von der an ein legitimer Widerstand gegen den Despoten zur organisierten militärischen Gewalt greifen darf.

Die Garantie des Gewaltverbots

Wenn die Machthaber Hitlerdeutschlands beginnen, die deutschen Juden, wenn die Hutus in Ruanda beginnen, die ruandischen Tutsis systematisch und massenhaft zu ermorden, dann ist nicht nur die Schwelle zur legitimen humanitären Intervention

überschritten, sondern erst recht die zum legitimen gewaltsamen Bürgerkrieg. Ja, diese muss deutlich unterhalb jener liegen. Aber wo genau, ist eine ungeklärte Frage. Für ihre Antwort ist das Völkerrecht unzuständig. Sie ist Aufgabe der Rechtsphilosophie und der politischen Ethik. Bislang gibt es weltweit auch nicht den Schatten eines Konsenses dazu. Was aber Libyen angeht, so ist es alles andere als gewiss, dass diese Schwelle vor Beginn des Bürgerkriegs überschritten war. Im Gegenteil. So widerwärtig Gaddafis Regime gewesen und zunehmend geworden ist: dass der Widerstand dagegen das Recht zu einer Form gehabt hätte, die zahllosen Unbeteiligten, Frauen und Kinder eingeschlossen, den Tod aufzwingen musste, darf man mit Gründen bezweifeln. So schmerzlich das jeden anmuten muss, der das Recht auf demokratische Teilhabe als fundamentales Menschenrecht verteidigt: die libysche Opposition dürfte ihr legitimes, moralisch hochrangiges Ziel mit illegitimen Mitteln verfolgt

haben. Der ägyptische und der tunesische Weg waren nicht nur klüger, sondern auch moralisch besser und wohl nicht zuletzt deshalb erfolgreicher.

Das ist ein trostloser Befund. Die Intervention der Alliierten, so berechtigt ihr Schutzanliegen ist, steht auf brüchigem normativem Boden. Die politische Ziellosigkeit des Unternehmens ist dabei das geringere Übel. Es geht um weit mehr als die pragmatisch beste Lösung eines einzelnen Konflikts: um die Garantie des Gewaltverbots und seiner vernünftigen Grenzen als Grundprinzip der Weltordnung. Der Krieg wird diese Grenzen weiter ins machtpolitisch Disponible verschieben. So berechtigt seine humanitären Ziele sind: Die Beschädigung der Fundamente des Völkerrechts decken sie nicht.

Reinhard Merkel lehrt Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg.

Kriegslügen und die Erosion des Völkerrechts

Deutsche Regierung will von den Angriffen der libyschen Luftwaffe gegen Zivilisten aus der Luft nichts gehört haben

Kamil Majchrzak, Telepolis, 29.04.2011

Kamil Majchrzak ist Völkerrechtler und Redakteur der polnischen Edition von Le Monde Diplomatique

Der Bundesregierung liegen „keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor“. Es gibt auch keine Belege, dass die libysche Luftwaffe sich nicht an die Zusagen eines Waffenstillstands gehalten hat oder überhaupt flächendeckend und systematisch zur Bombardierung von Zivilisten eingesetzt wurde.

Damit bestätigt die Bundesregierung in ihrer jüngsten Antwort auf die Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dadelen (Die Linke) die Zweifel großer Teile der Friedensbewegung, die in der medialen Inszenierung des libyschen Staatshaupts als „Psychopathen“ (Bundespräsident Christian Wulff, 2011) und „tollwütigen Hund des Nahen Ostens“ (Ronald Reagan, 1986) nur eine Rechtfertigungsstrategie zum anschließenden militärischen Eingreifen in Libyen sieht.

Die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 (2011)

Am 18. März 2011 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 auf Grundlage von Kapitel VII UN-Charta bei zehn Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen (Brasilien, China, Deutschland, Indien und Russland) eine Reihe von Maßnahmen, darunter die militärisch abgesicherte

Einrichtung einer Flugverbotszone, welche mit der Sorge um den Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen begründet wurde. Die Resolution 1973 erlaubt zum Zwecke des Schutzes der Zivilbevölkerung den Einsatz militärischer Mittel, insbesondere gegen Angriffe aus der Luft.

Doch von den Angriffen gegen Zivilisten aus der Luft will Deutschland nie gehört haben. Immerhin ist Deutschland seit kurzem eines der 10 nichtständigen Mitglieder im Sicherheitsrat. Die notwendige Verhinderung solcher Bombardements ist in Resolution 1973 ausdrücklich als Begründung der militärischen Maßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta angegeben. Dies bestätigt auch die Bundesregierung mehrmals in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage, die Telepolis vorliegt.

Aus den Ausführungen der Bundesregierung ergibt sich plötzlich, dass die Lageanalyse für Libyen äußerst vage und dünn gewesen ist. Insbesondere fehlen bis heute unabhängige und bestätigte Berichte über gezielte militärische Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in Libyen durch das Gaddafi-Regime. Die Erklärungsnot der Bundesregierung wird sichtbar, wenn diese spekuliert, dass der Sicherheitsrat

wohl unter den veränderten internationalen Machtverhältnissen mehr „seiner Entschlossenheit Ausdruck“ geben wollte als ein wieder handlungsfähiger Akteur. Anders das öffentlich erklärte Ziel, „den Schutz der Zivilpersonen und der von der Zivilbevölkerung bewohnten Gebiete sowie den raschen und ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe und die Sicherheit der humanitären Helfer zu gewährleisten“.

Keine Gewährleistung der humanitären Hilfe?

Grundsätzlich lassen die Antworten der Bundesregierung einen Hinweis darauf vermissen, wo tatsächlich der Schutz von Zivilpersonen und der Zugang zur humanitären Hilfe nicht auch ohne militärische Gewaltanwendung des Westens hätte gewährleistet werden können.

Dabei war es bislang nur ein Kampffjet, allerdings der bewaffneten Opposition, welches sich nicht an die eingerichtete Flugverbotszone gehalten hat und deshalb am 9. April durch NATO-Kampfflugzeuge abgefangen und zur Landung gezwungen wurde. Die derzeit stattfindenden Bodenkämpfe um die Stadt Misrata oder in anderen Städten von strategischer Bedeutung, insofern sie keine Angriffe auf von Zivilisten bewohnte Gebiete umfassen, sondern Kampfhandlungen zwischen zwei bewaffneten Bürgerkriegsfraktionen darstellen, wurden dabei explizit nicht von der UN-Resolution umfasst.

Nicht die Gewährleistung der humanitären Hilfe als solche scheint hier ausschlaggebend gewesen zu sein, sondern vielmehr die Unterstützung von ausgewählten Teilen der bewaffneten Opposition, deren Vertreter Mahmoud Dschibril als Vorsitzender des Nationalen Übergangsrates am 8. März 2011 im Europäischen Parlament „um militärische, wirtschaftliche, humanitäre und medizinische Unterstützung für die Opposition“ warb (Hervorh. K.M.).

Im Gegensatz dazu hat die medizinische Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ Verwundete aus umkämpften Städten per Schiff evakuieren können. Das UN World Food Programme (WFP) hat am 7. April 1,500 Tonnen Nahrungsmittel in den Osten Libyens geliefert, die den Bedarf von 100.000 Personen über einen Monat decken. Ende April konnten darüber hinaus über den Seeweg in die umkämpfte libysche Küstenstadt Misrata zusätzlich mehr als 500 Tonnen dringend benötigter Nahrungsmittel, drei Rettungswagen, medizinische und andere Hilfsgüter an bedürftige Libyer ausgeliefert werden. Das vom WFP gecharterte Schiff hat insgesamt 350 Tonnen Weizenmehl nach Misrata gebracht, genug um 23.000 Menschen für einen Monat zu ernähren. Ein Bedarf an militärischer Unterstützung für solche Hilfslieferungen scheint insofern nicht zu bestehen.

Es scheint, als gehe es den Befürwortern einer mili-

tärischen Intervention nicht um die medizinische Versorgung als solche, sondern um die der kämpfenden Truppen der bewaffneten Opposition. Dies ist aber keine humanitäre Hilfe im eigentlichen Sinn, sondern vielmehr ein parteiischer Eingriff zur Stärkung einer Bürgerkriegspartei. Deshalb unterstreicht Ärzte ohne Grenzen in ihrer Tätigkeit, dass ihre Hilfeleistungen „unabhängig von allen Konfliktparteien in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit der Organisation durchgeführt worden“ sind.

Keine zivilen Opfer der NATO-Bombardements?

Glaukt man der Bundesregierung, scheinen zivile Opfer überhaupt aus dem Krieg wie von Zauberhand verschwunden zu sein. Gutgläubig verweist die Bundesregierung bezüglich ziviler Opfer der militärischen Maßnahmen der NATO-Bombardements, auf die Beteuerung des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, der „versichert, dass die NATO alles tue, um zivile Opfer zu verhindern“.

Zugleich bestätigt die Regierung, dass die „NATO im Rahmen der Operation 'Unified Protector' zur Umsetzung der VN-Sicherheitsresolution 1973 (2011) auch Ziele und Objekte [angreift], die nicht strikt im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Flugverbotszone stehen“. Wie damit zugleich sichergestellt werden soll, dass im NATO-Verfahren zur Zielauswahl „lediglich solche Ziele ausgewählt werden, deren Neutralisierung der Umsetzung der Sicherheitsresolution 1973 (2011) dient“, wie dies in der gleichen Textpassage heißt, ist unerklärlich.

Öl für Bomben

Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort zu, Kontakte mit Vertretern der bewaffneten Opposition zu unterhalten. Am 29.03 haben sich Bundesaußenminister Guido Westerwelle und Mahmoud Dschibril vom Nationalen Übergangsrat in London zu einem Gespräch getroffen. Dschibril war bis vor kurzem noch Sekretär des libyschen Allgemeinen Volkskongresses, zuständig für Vereinigungen und Gewerkschaften. In Wirklichkeit entspricht diese Funktion in Libyen, mangels Gewaltenteilung, dem eines Innenministers. Noch im September 2010 wurde Dschibril in dieser Funktion von Muhammad Ibrahim al-Allaki, dem Dekan der Anwältevereinigung, für Fälschungen bei Wahlen zu den Büros für Zivilvereinigungen kritisiert. Zuvor verbot Dschibril im Sommer vergangenen Jahres der libyschen Juristen-Vereinigung in Bengasi ihre Versammlung abzuhalten, bei der ein neuer Vorstand gewählt werden sollte.

Mahmoud Dschibril war längere Zeit als Experte für „strategisches Planen“ in den USA tätig. Er beriet auch die Regierungen in Ägypten, Tunesien

und Saudi-Arabien in Wirtschaftsfragen und ging 2007 nach Libyen, um Gaddafi beim Umstieg von der Staatswirtschaft zur Privatisierung von Unternehmen zu helfen. Ausschlaggebend waren dabei seine Kontakte zu US-amerikanischen und britischen Konzernen. WikiLeaks veröffentlichte Depeschen der US-Botschaft, in denen Dschibril bereits im November 2008 die USA zu Direktinvestitionen und einem stärkeren Engagement in Libyen ermunterte.

Es verwundert deshalb kaum, dass Dschibril nun in ähnlicher Funktion bei einer anderen Firma sein Glück versucht. So ernannte Dschibril den „Superwirtschaftsminister“ Ali Tarhuni, der nach Angaben der FAZ vom 30.03.2011 als eine seiner ersten Amtshandlungen einen Vertrag mit der Qatar Petroleum Company unterzeichnete, „das Rohöl des freien Libyens zu vermarkten“. „[D]ie Ölfelder unter der Kontrolle der Rebellen [produzieren] 130 000 Barrel (à 159 Liter) am Tag, sagt Tarhuni. Das könne rasch auf 300 000 Barrel gesteigert werden.“

Vieles deutet darauf hin, dass der von der NATO unternommene Versuch eines gewaltsamen Regime-Change allein dem Ziel dient, den immer wieder in den Depeschen der US-Botschaft kritisierten Schwierigkeiten der USA bei der Förderung von libyschen Öl und der Angst vor ausländischer Konkurrenz durch eine unbürokratische Lösung in Form der Unterstützung der bewaffneten Opposition zu begegnen.

Erosion des Völkerrechts

Die Verzahnung von politischen und wirtschaftlichen Interessen ist insofern keine neue Erkenntnis. Und es erstaunt wenig, warum bei gleichzeitigen massiven Menschenrechtsverletzungen in Bahrain, Saudi Arabien oder anderen Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates niemand auf die Idee kommt, die dortigen Monarchen gewaltsam zu stürzen, sind sie doch verlässliche Partner des Westens.

Anders dagegen die Rolle der Vereinten Nationen in dem jüngsten Konflikt in Libyen. Sie belegt, dass bei Entscheidungen über Krieg und Frieden nicht mehr wie, seit der Gründung der Vereinten Nationen am Ende des II. Weltkrieges gehofft, das Völkerrecht und die UN-Charta bei der Einhegung der Gewalt maßgeblich sind.

Die Sicherheitsresolution 1973 unterlässt es zum ersten Mal, bei einem Beschluss für militärische Gewaltmaßnahmen nach Kapitel VII eine Bedrohung des internationalen Friedens zu begründen. Dies ist in Art. 39 UN-Charta zwingend notwendig, um mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen nach Art. 42 UN-Charta durchführen. Die Bundesregierung ist dies nicht entgangen und sie vermutet eine solche Bedrohung vor allem in

der innerstaatlichen Lageentwicklung, namentlich „den Schutz der Zivilpersonen und der von der Zivilbevölkerung bewohnten Gebiete sowie den Raschen und ungehinderten Durchlass humanitärer Hilfe und die Sicherheit der humanitären Hilfe zu gewährleisten“. Doch um einen Mangel zu beheben, müsse dieser zuvor durch Belege explizit festgestellt werden, welche Umstände genau die humanitäre Hilfe unmöglich machen, namentlich worin die Bedrohung des Weltfriedens besteht, damit gezielt auf diese Umstände hingewirkt werden kann, um den Weltfrieden wieder herzustellen.

Darüber hinaus vermutet die Regierung „unter den über Libyen hinausreichenden Gründen, die der Sicherheitsrat in seinen Verhandlungen zur Resolution 1973 leiteten“, die Gefährdung des internationalen Friedens in der „große[n] Zahl der Flüchtlinge mit ihrer potentiell destabilisierenden Wirkung auf die Nachbarländer, der Einsatz ausländischer Söldner durch das Gaddafi-Regime sowie die Bedrohung der zahlreichen ausländischen Staatsbürger in Libyen“. Damit versucht die Regierung inhaltlich historische Begründungen, die durch den Sicherheitsrat bei der Legitimierung von militärischen Maßnahmen gegenüber dem Irak (Res 678/1991) und Somalia (Res 794/1992) in Bezug auf die damalige konkrete Bedrohungslage aufgestellt wurden, hier für Libyen zu universalisieren.

Diese Begründung findet sich jedoch weder explizit noch implizit in dem Wortlaut der Resolution 1973 wieder. Vielmehr entspricht sie einem Bedrohungsszenario, das zur Grundlage des völkerrechtlich fragwürdigen Konzepts einer „Verantwortung zum Schutz“ aufgestellt wurde. Die Feststellung einer Bedrohung des Weltfriedens nach Kapitel VII unterliegt jedoch nicht einem Automatismus, sondern muss durch die konkreten Bedrohungslage in dem betreffenden Land begründet werden.

Die UN-Resolution 1973 zeigt, dass die Weltpolitik wieder zum Theater kriegerisch ausgetragener Auseinandersetzungen zurückgekehrt ist. Bestehende Völkerrechtsbestimmungen werden gezielt instrumentalisiert, um das absolute Gewaltverbot der UN-Charta zu umgehen. Die in liberalen Demokratien bislang geltende Prämisse des Rechtsbodens, die mehr war als nur eine juristische Weltanschauung, wird so verabschiedet.

Damit wird deutlich, dass emanzipativ motivierte Ansprüche in der Gestalt von Rechtsforderungen an die Vereinten Nationen durch Ausblenden der tatsächlichen Machtverhältnisse in den internationalen Beziehungen zu einer Mystifikation bzw. Illusion über die Geltungskraft des Rechts neigen.

Die Einforderung von Rechten, die auf Grundlage der UN-Charta oder als Appelle an die Internationale Strafgerichtsbarkeit gerichtet werden, finden in

den tatsächlichen Verhältnissen ihre natürlichen Schranken. Insoweit die völkerrechtliche Entwicklung der internationalen Gemeinschaft nach dem Ende des I. und verstärkt nach Ende des II. Weltkrieges verschiedene Funktionen von allgemeinem Interesse übernommen hat, insbesondere die Einhegung des Kriegs als legitimes Mittel der Politik, so scheint dies vor allem deshalb geschehen zu sein, weil und insofern diese Interessen und die gesell-

schaftliche Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klassen historisch im Allgemeinen zusammengefallen sind.

Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Blockkonfrontation stellt sich die Situation des Völkerrechts und der internationalen Gemeinschaft jedoch anders dar. Dies belegt auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu den Hintergründen des bewaffneten Angriffs auf Libyen.

Sender im Dienst der NATO

Auf die Unterstützung der Medien können sich die Interventionsstrategen mittlerweile fast blind verlassen. Allen voran auf die des ZDF

Walter van Rossum, Der Freitag, 20.04.2011 08:00

Viele Medien haben sich für eine klare – und einseitige – Perspektive entschieden. (Foto: Chris Hondros/ Getty Images)

Mittlerweile ist aus der so genannten humanitären - Intervention in Libyen ein hässlicher Krieg geworden. Stillschweigend hat sich das Ziel der UN-Resolution, die Zivilbevölkerung zu schützen, in die erklärte Absicht der NATO verwandelt, das Gaddafi-Regime zu beseitigen. Wer hätte das gedacht? Eigentlich jeder, der halbwegs bei Sinnen ist und sich mit den Interventionsstrategien des Westens ein wenig auskennt. Und die Interventionsstrategen können sich mittlerweile auf eine Kraft schier blind verlassen: die Medien.

Nun gut, Journalisten sind keine Historiker und selten sensible Seelen, doch selbst in Kreisen rustikaler Einfalt müsste sich doch herumgesprochen haben, dass Kriegsgründe stets mit Propagandaschlachten verbunden sind. Mit anderen Worten, es wird gelogen, dass sich die Balken biegen. So war das zuletzt in Jugoslawien, mit dem Irak oder Afghanistan. Medien haben weitergereicht, was ihnen interessierte Regierungen oder bezahlte PR-Agenturen gerade an Massakern oder Massenvernichtungswaffen frei Haus lieferten. Hinterher sah es dann meist anders aus – auch wenn man es vorher mit ein bisschen Recherche hätte wissen können. Doch statt vorsichtig zu werden, haben unsere Medienvertreter mittlerweile alle Scheu abgelegt. In ihren Augen ist nicht der Krieg der Zivilisationsbruch, sondern die Verweigerung des Bombardements. Niemand verkörpert diese Hal-



tung mit mehr schauriger Grandezza als Claus Kleber vom ZDF. Abend für Abend bringen Kleber und die Seinen ihren gerechten Krieg in moralische Höchstform. Wir hören allein von getöteten, verletzten, bedrohten und geschundenen Rebellen. Menschen, die wir angeblich nur mit Bomben retten können. Wir in unseren Sesseln müssen bloß ein bisschen zustimmen, den Rest erledigt dann schon die NATO. Man muss schon gründlich suchen, um ein paar Informationen darüber zu finden, wer diese Rebellen denn eigentlich sind. Und dann könnten einem schon erhebliche Bedenken über die Lauterkeit ihrer Revolte kommen. Besser also gar nicht erst darüber berichten.

Tapfer tut man so, als kämpfte in Libyen ein ganzes Volk gegen den verhassten Diktator. Doch es sieht so aus, als stünde ein erheblicher Teil der Bevölkerung hinter Gaddafi. Und das heißt für den Krieg,

den unsere Journalisten unbedingt führen wollen, nichts Gutes. Besser also nicht darüber berichten.

Punkt für Punkt machen sich Journalisten dumpfste NATO-Propaganda zu eigen. Folglich stehen Verhandlungen überhaupt nicht mehr zur Debatte. Kann man gleich vergessen, erklärt uns ZDF-Mann Stephan Hallmann: „Gestern Abend hat hier auf einer Pressekonferenz der Sprecher der Regierung das Blaue vom Himmel versprochen: Waffenstillstand, freie Wahlen, Demokratie, wenn die Aufständischen nur mit Gaddafi verhandeln würden. Aber das fällt ihnen natürlich schwer. Sie weisen darauf hin, dass Gaddafi sie vor Kurzem noch als Ratten bezeichnet hat.“ Das ist ja empörend! So ganz beiläufig erfährt man, dass politischer Spiel-

raum bestünde, doch noch bevor NATO-Generäle Nebelkerzen werfen können, entlarven unsere Journalisten alle Diplomatie als üblen Trick, der nur den schönen Lauf des gerechten Krieges stört.

Über Libyen wissen wir fast nichts, schon gar nicht, wie viele Menschenleben die smart-bombs des Humanismus bislang gekostet haben, doch eines ist schon jetzt gewiss: Die Bereitschaft des Journalismus, sich in den Dienst der Kriegspropaganda zu stellen, hat ein erschreckendes Niveau erreicht.

Der Publizist Walter van Rossum lebt in Köln und Marokko

Libyen-Experte sieht Proteste gegen Gaddafi als Jugendrevolte

Andreas Dittmann: Protestpotenzial aber nicht vergleichbar mit Nachbarländern

Andreas Dittmann im Gespräch mit Marcus Pindur, DRadio, 18.02.2011

Nach Ansicht des Humangeografen und Libyen-Experten Andreas Dittmann von der Universität Gießen sind die gegenwärtigen Unruhen im Land Ausdruck einer Jugendrevolte. Vor allem Libyer unter 25 stellten sich gegen Staatschef Gaddafi.

Marcus Pindur: Ist das jetzt der Aufstand der Freiheitshungrigen in der arabischen Welt, den viele herbeigesehnt haben? Tunesien, Jemen, Ägypten, Bahrain und jetzt auch Libyen - überall Proteste, Bürgerunmut, und vor allen Dingen junge Leute, die endlich eine Zukunftsperspektive haben wollen. Welche Rolle spielt die Jugend im wachsenden Protestpotenzial in der arabischen Welt? Wir wollen uns den Fall Libyen genauer ansehen, und dazu begrüße ich jetzt am Telefon Professor Andreas Dittmann, er ist Anthropogeograf an der Uni Gießen. Guten Morgen, Herr Dittmann!

Andreas Dittmann: Guten Morgen!

Pindur: Zunächst mal, Herr Dittmann: Was ist ein Anthropogeograf?

Dittmann: Ja, die Geografie teilt sich in die beiden Teilbereiche der physischen Geografie und der Anthropogeografie. Die Anthropogeografie beschäftigt sich dabei mit eher geisteswissenschaftlichen Themen, dazu gehört zum Beispiel die Sozialgeografie, die Bevölkerungsgeografie oder die Stadtgeografie oder auch geografische Entwicklungsforschung, und die physische Geografie ist naturwissenschaftlich ausgerichtet, dazu gehören so geografische Teildisziplinen wie die Geomorphologie oder die Klimageografie oder Vegetationsgeografie.

Pindur: Alles klar. Sie sind Libyen-Experte als Anthropogeograf, Sie sind öfter auch in Libyen dort, Sie haben mir erzählt, Sie sind ... seit Ihrem 18. Lebensjahr bereisen Sie das Land. Wie hoch schätzen Sie dort das Protestpotenzial ein?

Dittmann: Ja, die Frage lässt sich relativ klar demografisch erklären: Libyen ist ein Land mit einer Bevölkerungspyramide in einer wirklichen Pyramidenform, das heißt, mit einem hohen und höchsten Anteil junger und jüngster Bevölkerung. Der Anteil der libyschen Bevölkerung, die unter 25 Jahren sind, liegt bei über 50 Prozent, also allein 30 Prozent der Libyer sind jünger als 15 Jahre, und in diesem Bereich, in dem Bereich der Unter-25-Jährigen, die im Moment wenig Perspektiven in mehrfacher Hinsicht sehen, liegt ein großes Protestpotenzial. Also je jünger, desto mehr anti jetziger Regierungskurs.

Pindur: Geht es dabei eigentlich um wirtschaftliche Forderungen, geht es um politische Forderungen, also die politische Unfreiheit in der Diktatur, oder vielleicht eher einfach nur um einen offeneren Lebensstil, den diese jungen Leute haben wollen?

Dittmann: Ja, man muss bei der Erklärung der Proteste in Libyen, die sich ja jetzt in den letzten Tagen von Tag zu Tag verstärken, beachten, dass Libyen

nicht mit der Situation im Nachbarland Ägypten oder Tunesien vergleichbar ist, vor allem nicht vor dem Hintergrund der materiellen Not. Es gibt zwar in Libyen auch eine gewisse Arbeitslosenquote, aber die jungen Libyer sind materiell nicht so unterversorgt, wie das zum Beispiel viele Tunesier waren. Das heißt, es ist hier eine Unzufriedenheit, die sich aus einem Gefühl einer allgemeinen Unfreiheit speist, eine Unfreiheit, die politische Meinungsäußerung unterdrückt oder sich auch in anderen Restriktionen ausdrückt. Aber es ist weniger die arme Masse, die aufbegehrt gegen einen reichen Herrscher.

Pindur: Da geht es also eher um Fragen des Lebensstils. Reden wir mal über die libysche Bevölkerung insgesamt. Es gibt ja auch Anhänger Gaddafis, die da demonstrieren. Ist das eine reine Propagandaschau oder hat er tatsächlich auch einen Rückhalt in der Gesellschaft?

Dittmann: Ja, das ist durchaus auch echt, also es kommt jeweils darauf an, ich bin mit meinen Studierenden häufiger auf Reisen in Syrien, mit wem man in welchem Alter redet: Junge Libyer sind wie gesagt eher anti Gaddafi eingestellt, während ältere Libyer so etwa in meinem Alter - also ich bin jetzt fast 52 - durchaus sehen, was Gaddafi in den letzten 20, 30 Jahren für das Land investiert hat. Und dort ist ein erhebliches Pro-Gaddafi-Potenzial.

Aber wie eingangs gesagt, der Anteil der älteren Libyer, die so die letzten drei bis vier Jahrzehnte Gaddafi-Herrschaft und Aufbauarbeit für das Land überblicken, ist natürlich die kleinere Gruppe, und die größere Gruppe sind die Unter-25-Jährigen, die all die Errungenschaften, die es zweifellos in Libyen gibt, schon als gegeben hingenommen haben, und nicht die Situation in Libyen vor Gaddafi oder in der frühen Gaddafi-Zeit kennen. Also es gibt durchaus ältere, echte Gaddafi-Anhänger in Libyen,

das ist nicht ein gesamtes Volk, das hier gegen einen Herrscher aufbegehrt, sondern durchaus in verschiedene Gruppen gespalten.

Pindur: Und man sieht ja auch, dass Gaddafi sehr hart durchgreift, also es ist von Dutzenden von Toten die Rede. Glauben Sie, dass Gaddafi diese Proteste dauerhaft niederschlagen können, oder ist damit eine Initialzündung gegeben, ein Unruhefaktor, der sich nicht so einfach erledigen wird?

Dittmann: Ja, also Libyen hat schon ein sehr großes Potenzial an Polizei, an Geheimpolizei, an Quellen, die über Rumor im Volk seit Jahrzehnten berichten. Gaddafi ist nicht umsonst der dienstälteste Staatsoberhaupt Afrikas, und hier kann man den Nahen und Mittleren Osten durchaus mit einbeziehen, es sind fast 42 Jahre seit der Septemberrevolution. Man hat also hier gelernt, mit Aufbegehren umzugehen, ich glaube, sehr viel besser, als das zum Beispiel in Tunesien oder in Ägypten der Fall war. Auch vor dem Hintergrund der Gesamtzahl der Libyer fällt sozusagen der Aufstand der Volksmassen meines Erachtens aus.

Die offizielle Staatsbezeichnung ist ja „Volks-Dschamahirija“ das könnte man am besten mit „Herrschaft der Volksmassen“ übersetzen, aber ein libysches Problem war immer, dass es eigentlich keine Volksmassen gibt. Vor 30 Jahren, da gab es noch weniger als zwei Millionen Libyer, jetzt sind es etwas mehr, auf über sechs Millionen, aber da fehlt allein schon von der Bevölkerungsanzahl her ein vergleichbares Potenzial etwa zu den Nachbarländern.

Pindur: Herr Dittmann, vielen Dank für das Gespräch!

Dittmann: Danke, Wiederhören!

Bischof Martinelli aus Tripolis: „Bombenangriffe: eine Niederlage für die Menschlichkeit“

Agenzia Fides, 27.4.2011

Tripolis (Fidesdienst) – „Am Ostermontag gab es verheerende Luftangriffe auf Tripolis, doch dies hat die Gläubigen nicht daran gehindert, an den Gottesdiensten teilzunehmen. Insbesondere hat mich die große Anzahl der philippinischen Gläubigen beeindruckt, die nicht nur kamen, um zu beten, sondern auch um sich zu treffen und gemeinsam zu feiern“, so der Apostolische Vikar in Tripolis, Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli. „In diesen

Tagen haben wir auch Ortschaften in der Umgebung von Tripolis besucht, um anlässlich des Osterfests den dortigen Christen zu begegnen“, so Bischof Martinelli, „doch leider konnten wir dabei nicht in alle Ortschaften gelangen“.

Der Apostolische Vikar von Tripolis beklagt im Gespräch ein weiteres Mal, dass man sich nicht um eine friedliche Lösung der Krise bemüht: „Die Vereinten Nationen, haben beschlossen, dass Krieg ge-

führt wird und ziehen den Dialog als Mittel für eine Überwindung der Kontroverse nicht in Betracht. Alle wollen die Lösung mit Bomben erreichen. Dies ist sehr traurig, es ist schrecklich, denn es wird sich nichts ändern. Es ist eine Niederlage für die Menschlichkeit“.

Was den Beschluss der Behörden in Tripolis anbelangt, einheimische Stämme an der Vermittlung auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise in der Stadt Misurata zu beteiligen, die seit Wochen Zentrum dramatischer Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und regulären Streitkräften ist, und wo die Situation der Zivilisten sich dramatisch zugespitzt hat, sagt Bischof Martinelli: „Ich glaube, dass dies sehr vernünftig ist, denn die libysche Krise beschränkt sich nicht auf die Person Gaddafi alleine, sondern es betrifft das gesamte System der Beziehungen. Man sollte sich dabei nicht auf Misurata beschränken, sondern einen Weg finden, der alle Stämme und den Reste der libyschen Bevölkerung am Dialog beteiligt“, so der Apostolische Vikar von Tripolis. (LM) (Fidesdienst, 27/04/2011)

Bischof Martinelli: „Der Krieg kann die soziale Krise nicht lösen, sondern nur verschlimmern“

Agenzia Fides, 20.4.2011

Tripolis (Fidesdienst) ...Wir haben drei philippinische Priester, einen Ägypter und einen Malteser und ich selbst bin zwar Italiener, doch ich fühle mich zu drei Vierteln als Libyer“, so Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli, der Apostolische Vikar in Tripolis.

„Gestern habe ich Journalisten und Mitarbeiter verschiedener Nichtregierungsorganisationen aus London getroffen, die sich über die Bedürfnisse der Bevölkerung informieren wollten“, so Bischof Martinelli. „Etwas hat mich bei diesem Gespräch besonders beeindruckt: meine Gesprächspartner baten mich immer wieder, die Wahrheit zu berichten, denn ihrer Ansicht nach seien in den vergangenen Wochen über Libyen zu viele Lügen verbreitet worden. Darauf habe ich geantwortet“, so der Apostolische Vikar weiter, „dass ich nur erzählen kann, was mir selbst in den vergangenen Wochen passiert ist. Was die internationalen Medien berichten kann ich nicht bestätigen, da ich vieles nicht selbst erlebt habe. Fest steht, dass es Vorurteile gegenüber der libyschen Führung gibt, und einige Entscheidungen zu rasch getroffen wurde. Es wurde für

den Krieg entschieden, ohne vorher einen diplomatischen Weg zu suchen, der vielleicht möglich gewesen wäre. Dies ist etwas, was mir sehr leid tut“.

„In den 40 Jahren meines Dienstes in Libyen kann ich nur sagen, dass wir nie Schwierigkeiten hatten, wenn es um die katholische Gemeinde des Landes ging. Ich durfte Kranke und deren Pflegepersonal besuchen. Viele Ärzte und Krankenpfleger, die in Libyen tätig sind und die zum größten Teil Christen sind, haben ebenfalls keine Schwierigkeiten. Ich kann diese 40 Jahre, die ich hier zusammen mit meiner Herde erlebt habe nicht verleugnen“, so der Apostolische Vikar.

[...] „Gewiss, die Krise hätte verhindert werden können, wenn man den Bedürfnissen der jungen Menschen mehr Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Doch der Krieg kann eine soziale Krise nicht lösen. Im Gegenteil, er verschlimmert das Ganze und es kommt zu einer Spirale der Zerstörung, aus der man nur schwer wieder herausfindet“, so Bischof Martinelli. „Ich danke an dieser Stelle dem Heiligen Vater noch einmal für seine Worte der Verbundenheit im Gebet“, so der Apostolische Vikar abschließend. (LM) (Fidesdienst, 20/04/2011)

Bischof Martinelli: „Heute Nacht wurden unschuldige Zivilisten in der Umgebung der Kirche aus dem Schlaf gerissen: Wie kann die UNO so etwas zulassen?“

Agenzia Fides, 28.4.2011

Tripolis (Fidesdienst) – „Ich weiß nicht, welches Ziel in der Nähe der Kirche getroffen wurde, aber die Erschütterung durch die Bombe war schrecklich“, so der Apostolische Vikar von Tripolis, Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli. „Wir wurden eine halbe Stunde nach Mitternacht aus dem Schlaf gerissen und ich weiß nicht, welches Ziel die Bomben treffen sollten“, so Bischof Martinelli. „Hier in der Umgebung wohnen viele Familien mit Kindern. Die Menschen verließen von der Panik ergriffen ihre Wohnungen und gingen auf die Straße. Es heißt, dass die Bomben gezielt abgeschossen werden, doch sie erschüttern das Leben unschuldiger Menschen. Wie kann man denken, dass man eine Stadt bombardiert, ohne dass dies Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hat. Man versetzt die Menschen in Panik. Wie können die Vereinten Nationen so etwas zulassen?“, fragt sich der Apostolische Vikar in Tripolis.

Der Raub des Jahrhunderts: Die Beschlagnahme der Gelder der staatlichen libyschen Fonds durch die "Willigen"

Manlio Dinucci, Il Manifesto, 22.4. 2011

Das Ziel des Krieges in Libyen ist nicht nur das Öl. Die Reserven des Landes (geschätzt auf 60 Milliarden Barrel) sind die größten in Afrika und die Kosten für seine Gewinnung zählen zu den niedrigsten in der Welt. Es ist auch nicht allein das Erdgas. Die Reserven werden auf 1500 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Im Visier haben die „Bereitwilligen“ der Operation „United Protector“ auch die staatlichen Fonds, die Gelder, die der libysche Staat im Ausland investiert hat.

Die staatlichen Fonds, die der „Libyan Investment Authority“ (LIA) verwaltet, werden auf rund 70 Milliarden Dollar geschätzt. Sie betragen über 150 Milliarden Dollar, wenn die Auslandsinvestitionen der Zentralbank und anderer Organe mitgerechnet werden. Aber es könnten auch mehr sein. Wenn die staatlichen Fonds auch kleiner sind, als die von Saudi-Arabien und Kuwait, so kennzeichnet sie ein rasches Wachstum. Als die LIA 2006 errichtet wurde, verfügte sie über 40 Milliarden Dollar. In kaum 5 Jahren hat sie in über 100 nordafrikanische, asiatische, europäische, nord- und südamerikanische Gesellschaften investiert, in Holdings, Bank, Immobiliegesellschaften, Industrien, Ölgesellschaften und andere. In Italien gingen die größten libyschen Investitionen in die Unicredit Bank (an ihr besitzen LIA und libysche Zentralbank 7,5%), Finmeccanica (2%) und ENI (1%). Diese und weitere Investitionen (darunter 7,5% am Fußballclub Juventus Turin) haben nicht so sehr ökonomische (insgesamt etwa 4 Milliarden Euro), sondern politische Bedeutung.

Nachdem Washington Libyen von der Proskriptionsliste der „Schurkenstaaten“ gestrichen hatte, versuchte das Land für sich einen Manövrierraum auf internationaler Ebene zu gewinnen. Dazu setzte es auf „Diplomatie mittels seiner staatlichen Fonds“. Seit 2004 die USA und die EU das Embargo aufgehoben hatten und die großen Erdölgesellschaften zurückgekehrt waren, konnte Tripolis über einen Handelsbilanzüberschuss von rund 30 Milliarden Dollar pro Jahr verfügen, die es zu einem großen Teil für Investitionen im Ausland verwandte.

Die Verwaltung der staatlichen Fonds hat jedoch einen neuen Mechanismus von Macht und Korruption in den Händen von Ministern und hohen Funktionären geschaffen, der wahrscheinlich teilweise auch der Kontrolle von Gaddafi selbst entglitten ist. Das wird dadurch bestätigt, dass er 2009 vorge-

schlagen hat, die 30 Milliarden Einnahmen aus dem Ölgeschäft sollten „direkt an das libysche Volk gehen“. Der Bruch innerhalb der libyschen Regierung wurde dadurch verschärft.

Die herrschenden Kreise in den USA und Europa haben an diesem Bruch angesetzt und sich - bevor sie militärisch Libyen angegriffen haben, um seine reichen Energievorkommen in die Hand zu bekommen – der Mittel der staatlichen Fonds bemächtigt. Der Vertreter des „Libyan Investment Authority“ Mohamed Layas hat ihnen dabei geholfen. Wie ein Telegramm enthüllt, das dank Wikileaks durchgesickert ist, hat Layas am 20. Januar den US -Botschafter

In Tripolis darüber informiert, dass die LIA 32 Milliarden Dollar bei US Banken deponiert hatte.

Fünf Wochen später, am 28. Februar, hat das US Schatzministerium die Gelder „eingefroren“. Nach offiziellen Erklärungen ist es die größte Geldsumme, die jemals in den USA blockiert wurde. Washington hält sie fest auf einem „Konto für die Zukunft Libyens“. In Wirklichkeit werden die Gelder als Kapitalspritze für die immer höher verschuldete Wirtschaft der USA dienen. Wenige Tage später hat die EU rund 45 Milliarden EUR libyscher Fonds eingefroren.

Die Beschlagnahme der staatlichen libyschen Fonds wird eine besonders starke Auswirkung auf Afrika haben. Hier hat die Libysch-Arabisch-Afrikanische Investment Gesellschaft in über 25 Länder, davon in 22 subsaharische Länder investiert und geplant, diese Investitionen in den nächsten 5 Jahren insbesondere in den Sektoren Bergbau, verarbeitende Industrie, Tourismus und Telekommunikation zu erhöhen.

Die libyschen Investitionen waren entscheidend für die Realisierung des ersten Telekommunikationssatelliten der Rascom (Regional African Satellite Communication Organization). Er trat im August 2010 in den Orbit ein und ermöglicht es den Afrikanischen Ländern, sich schrittweise von den amerikanischen und europäischen Satellitensystemen unabhängig zu machen und dabei jährlich Hunderte von Millionen Dollar einzusparen.

Noch wichtiger waren die libyschen Investitionen für die Schaffung von drei Finanzinstituten, mit der die Afrikanischen Union begonnen hat: dem Afri-

kanische Investmentbank mit Sitz in Tripolis, dem Afrikanische Währungsfonds mit Sitz in Yaounde (Kamerun) und der Afrikanischen Zentralbank mit Sitz in Abuja (Nigeria). Die Entwicklung dieser Institute würde es den afrikanischen Ländern ermöglichen, sich der Kontrolle von Weltbank und Weltwährungsfonds, Instrumenten der neokolonialen Herrschaft, zu entziehen.

Sie würde das Ende des französischen CFA Franc bedeuten, einer Währung, deren Nutzung 14 ehemalige französische Kolonien gezwungen sind.

Das Einfrieren der libyschen Fonds versetzt dem ganzen Projekt einen schweren Schlag. Die Waffen, die die „Bereitwilligen“ einsetzen, sind nicht nur diejenigen der Operation „United Protector“.

Übersetzt aus dem Italienischen von Bernd Duschner

Original: [La rapina del secolo: l'assalto dei «volenterosi» ai fondi sovrani libici](#)

Libyen – Und nun ein Absturz wie im Irak? Überlegungen über den drohenden „Preis der Freiheit“

Joachim Guilliard

(Der folgende Text erschien leicht gekürzt und redaktionell überarbeitet in [Ossietzky](#) 8/2011)

Nachts flog die NATO wieder Luftangriffe auf Libyen. Die Hauptstadt Tripolis wurde wieder von schweren Explosionen erschüttert, ihre Bewohner sollen durch den Bombenterror offenbar solange zermürbt werden, solange bis auch sie sich gegen Staatsführer Gaddafi wenden. Am Tag fand in Mannheim ein Ostermarsch statt, doch der neue Krieg der NATO wurde mit keinem Wort erwähnt. Gingen nach den US-Angriffe auf Tripolis und Bengasi 1986 noch Zigtausende voller Empörung über die willkürlichen Bombardierungen auf die Straße, so blieben die Proteste gegen den neuen Krieg der NATO auch an anderen Orten sehr verhalten.

Viele scheuen sich, Stellung gegen den Krieg zu beziehen, avancierte Libyen doch im Westen, im Zuge der Kriegsvorbereitungen, in kurzer Zeit zur übelsten Diktatur. Auch viele Kriegsgegner übernehmen das von Politik und Medien gezeichnete Bild eines Kampfes des „Volkes“ gegen den „Tyranen Gaddafi“. Doch hat der Revolutionsführer weiterhin viele Anhänger und treffen die Zerstörungen des Krieges weite Teile der Bevölkerung, die ihn – unabhängig davon, wie sie zu Gaddafi stehen – mit Sicherheit nicht wollten.

Leichtfertig wird übersehen, welcher fürchterlicher Preis Bürgerkrieg und NATO-Intervention von den Libyern fordern kann. Schließlich hatte Libyen bis jetzt den höchsten Lebensstandard in Afrika und das „Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“ (UNDP) bescheinigte dem Land beste Aussichten, die Entwicklungsziele der Vereinten Nati-

onen bis 2015 zu erreichen. Diese Hoffnungen dürfte der NATO-Krieg bereits zerstört haben. Dem Land droht nun ein Absturz wie im Irak.

Für Richard Falk, den UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte in Palästina ist „der „Grad der Unterdrückung“ in Libyen nicht „durchdringender und schwerer“ als in anderen autoritär regierten Ländern.¹ Auch nach den Länderberichten von Amnesty International unterscheidet sich die Menschenrechtssituation Libyens kaum von unzähligen anderen Staaten, bei arabischen Verbündeten in der Nato-Kriegsallianz, wie Saudi Arabien, ist sie wesentlich schlimmer.

Der UN-Menschenrechtsrat hat das Land im Bericht zur jüngsten „allgemeinen regelmäßigen Überprüfung“ Libyens, die Ende letzten Jahres vorgenommenen wurde, sogar für seine Fortschritte bei den Menschenrechten gelobt. Zahlreiche Länder – darunter Venezuela und Kuba, aber auch Australien und Kanada – hoben in ihren Erklärungen einzelne Aspekte noch besonders hervor.²

Für westliche Medien ist dieser Bericht, dessen abschließende Diskussion nun kurzfristig von März auf Juni verschoben wurde³, ein Skandal – eine Folge der Dominanz der vielen selbst noch „wenig zivilisierten“ Mitglieder des Menschenrechtsrats

¹ Richard Falk, [Kicking the intervention habit](#), Aljazeera, 13.3.2011

² [Report of the Working Group on the Universal Periodic Review of Libyan Arab Jamahiriya](#), HRC, 4.1.2011

³ [Human Rights Council concludes sixteenth session](#), UNHRC, 25 Mar 2011

aus dem Süden. Tatsächlich betrachte die Experten dieser Länder die Lebensverhältnisse nur unter einem anderen Blickwinkel und legen ein viel größeres Gewicht auf die Verwirklichung sozialer Rechte, d.h. auf das was für meisten Menschen die größte Bedeutung hat: die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse, ausreichendes Einkommen, Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Bildung.

Auch in dieser Hinsicht ist die Situation in Libyen, angesichts von Korruption oder hoher Jugendarbeitslosigkeit, durchaus nicht befriedigend. Im Vergleich mit anderen Ländern stehen die Libyer aber dennoch recht gut da und haben sehr viel durch die NATO-Intervention zu verlieren. So wird zwar oft auf eine Jugendarbeitslosigkeit von 15 bis 30 Prozent hingewiesen, aber nicht erwähnt, dass in Libyen im Unterschied zu anderen Ländern dennoch alle ihr Auskommen haben. Der relativ hohe Lebensstandard erklärt auch, warum Gaddafi durchaus noch Rückhalt im Land hat – besonders, schätzt der Libyenexperte Andreas Dittmann im Deutschland Radio, unter den älteren Generationen, die sich noch an die früheren Zeiten erinnern.⁴

„In Libyen gibt es vielleicht Millionen Menschen, die Gaddafi nicht mögen, aber sehr wohl seine Errungenschaften schätzen“ so der bekannte norwegische Friedensforscher Johan Galtung.⁵

Sanktionen und niedriger Ölpreis bremsten Entwicklung

Als 1969 der, von den USA und den Briten eingesetzte König Idris gestürzt wurde, war Libyen trotz der 1961 angelaufenen Erdölexporte noch ein armes, vom Kolonialismus schwer gezeichnetes, unterentwickeltes Land. Die schrittweise Nationalisierung der Ölproduktion ermöglichte eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung und rasche Verbesserungen der Lebensbedingungen.

Mit dem drastischen Einbruch des Ölpreises zwischen 1985 und 2001 geriet diese Entwicklung ins Stocken. Die 1993 verhängten UN-Sanktionen verschärften die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch enorm. Das Bruttoinlandsprodukt BIP sank von 6.600 pro Kopf im Jahr 1990 auf 3.600 in 2002 und wuchs erst nach der Aufhebung der UN-Sanktionen im September 2003 wieder deutlich.⁶ 2008 erreichte das BIP laut UNDP pro Kopf 16.200 US-Dollar. (Zum Vergleich das BIP von Ägypten be-

trag im selben Jahr 5.900, das Algeriens und Tunesiens ca. 8.000 Dollar. Saudi Arabien hatte ein BIP von ca. 24.000, Kuwait von 51.500 und Katar von 72.000 Dollar.)⁷

Die Wirtschaftssanktionen blockierten die Modernisierung der Infrastruktur und brachten insbesondere auch alle Pläne, neben dem Erdöl andere Industriezweige zu entwickeln, nahezu zum Erliegen.⁸ Der wirtschaftliche Niedergang bremste natürlich auch die Entwicklung in sozialen Bereichen. Libyen sackte beim „Human Development Index“ (HDI), der anhand einiger Basisindikatoren wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Alphabetisierung das Entwicklungs- und Lebensniveau eines Landes zu messen sucht, Mitte der 90er vom 67. auf den 73. Platz ab.

Hoher Lebensstandard erreicht

Nachdem die Staatseinnahmen, unterstützt durch den Anstieg des Ölpreises, wieder reichlich flossen, verbesserten sich auch die Lebensbedingungen wieder deutlich. Das Land liegt mittlerweile auf HDI-Rang 53, vor allen anderen afrikanischen Ländern und auch vor dem reicheren und vom Westen unterstützten Saudi Arabien. Mit „Regierungssubventionen in Gesundheit, Landwirtschaft und Nahrungsimport“, bei „gleichzeitiger Steigerung der Haushaltseinkommen“ konnte, wie die UNDP in ihrem Monitor der Millennium-Entwicklungsziele feststellte, die „extreme Armut“ nun praktisch beseitigt werden.⁹

Die Lebenserwartung stieg auf 74,5 Jahren und ist damit jetzt die höchste in Afrika. (Sie ist nun auch fast eineinhalb Jahre höher als in Saudi Arabien, nachdem es 1980 noch genau umgekehrt war.¹⁰) Die Kindersterblichkeit sank auf 17 Tote pro 1000 Geburten und ist damit nicht halb so hoch wie in Algerien (41) und auch geringer als in Saudi Arabien (21).¹¹ Libyen liegt auch bei der Versorgung von Schwangeren und der Reduzierung der Müttersterblichkeit vorne.

Noch stellen, so die UNDP, mangelnde personelle Ressourcen im Gesundheitswesen ein Problem dar, „die graduelle Reintegration des Landes in die internationale Wirtschaft“, nach Aufhebung der Sanktionen, führte aber „zu einer besseren Verfügbarkeit der Gesundheitsversorgung. Die Regierung bietet allen Bürgern eine freie Gesundheitsversorgung und erreichte eine hohe Abdeckung in den

⁴ [Libyen-Experte sieht Proteste gegen Gaddafi als Jugendrevolte](#), Protestpotenzial aber nicht vergleichbar mit Nachbarländern, Andreas Dittmann im Gespräch mit Marcus Pindur, DRadio, 18.02.2011

⁵ [The West's War Against Gaddafi - Yet another long-lasting, tragic crime against humanity](#), IPS, Global Research, 6.4.2011

⁶ GDP per capita in current US-Dollar, Weltbank, [World Development Indicators](#), (<http://data.worldbank.org/>)

⁷ GDP per capita 2008 PPP (Kaufkraftparität), UNDP, International Human Development Indicators, [Database](#),

⁸ Siehe u.a. Jean-Pierre Sereni, [Am Anfang war der Rote Scheich – Eine kleine Geschichte des libyschen Öls](#), Le Monde diplomatique, 8.4.2011

⁹ [Millennium Development Goals -- Goal1 - Goal 8](#), UNDP-Büro Libyen, abgerufen 1.4.2011

¹⁰ UNDP, Internat. HDI a.a.O.

¹¹ WHO, [Global Health Indicators 2010](#)

meisten Basis-Gesundheitsbereichen.¹²

Der Analphabeten-Rate sank in Libyen auf 11,6% und liegt deutlich unter der von Ägypten (33,6%), Algerien (27,4%), Tunesien (22%) und Saudi Arabien (14,5%).¹³

Der vom UNDP ebenfalls berechnete BildungsindeX, in den neben der Alphabetisierung auch die Zahl von Schülern in höheren Schulen und Studenten eingeht, liegt sogar über dem der kleinen superreichen Scheichtümer Kuwait und Katar, die man an sich kaum mit den arabischen Flächenstaaten vergleichen kann.¹⁴

Die UNDP bescheinigt Libyen „auch einen signifikanten Fortschritt in der Gleichstellung der Geschlechter“, besonders im Bereich Bildung und Gesundheit. Für ihre Repräsentation in Politik und Wirtschaft sei allerdings noch viel zu tun.¹⁵ Mit einem relativen niedrigen „Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit“ der UNDP liegt das Land bei der Gleichberechtigung auf Rang 52 und damit ebenfalls weit vor Ägypten (Rang 108), Algerien (Rang 70), Tunesien (Rang 56), Saudi Arabien (Rang 128) und Katar (Rang 94). Selbst in Argentinien (Rang 60) sieht es in dieser Hinsicht schlechter aus.

Angesichts dieser Erfolge kann die positive Einschätzung der Entwicklung in Libyen im Menschenrechtsrat kaum überraschen.

Das Beispiel Irak

Auch der Irak hatte in 1980er Jahren einen relativ hohen Lebensstandard, höher noch als der Libyens. Dieser litt bereits schwer unter dem UN-Embargo. Ihre „Befreiung“ von Saddam Hussein stürzte die irakische Gesellschaft dann vollends in den Abgrund. Der Zerfall schreitet noch immer fort.

Millionen Iraker hungern, und der Nahrungsmangel weitet sich sogar noch aus. Die Hälfte der knapp 30 Millionen Einwohner lebt nun in äußerster Armut. 55 Prozent haben kein sauberes Trinkwasser, 80 Prozent sind nicht an das Abwassersystem angeschlossen. Strom gibt es nur stundenweise, die einst vorbildlichen Gesundheits- und Bildungssysteme liegen am Boden. Die Kindersterblichkeit würde bei Fortsetzung der Entwicklung in den 1980er Jahren heute deutlich unter 20 pro 1000 Geburten liegen.¹⁶ Tatsächlich stieg sie gemäß einer Studie der

Hilfsorganisation „Save the Children“ bis 2005 auf 125.¹⁷ Der Irak war 1987 von der UNESCO für sein Bildungswesen ausgezeichnet worden, der Analphabetismus war fast beseitigt gewesen. Nun stieg die Analphabetenrate bereits auf über 25%, in manchen Gegenden beträgt sie bei Frauen schon 40-50%. Generell haben die irakischen Frauen ihre einst recht gute Stellung in der Gesellschaft verloren. Gemäß UNDP-Index fielen sie auf das Niveau von Saudi Arabien.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass ein von den Nato-Staaten durchgesetzter „Regime Change“ in Libyen viel besser für das Land ausgehen würde, (von einem langem Bürgerkrieg und einer Teilung des Landes ganz zu schweigen). Schließlich sind die angreifenden Mächte und ihre Agenda nahezu identisch und ähnelt auch die Führung der Aufständischen in vielem den Irakern, die die USA im Irak an die Regierung brachten – radikale islamische Organisationen und pro-westliche, neoliberale Verfechter einer vollständigen Öffnung und Privatisierung der Wirtschaft des Landes.

¹² [Millennium Development Goals -- Goal1 - Goal 8](#), UNDP-Büro Libyen, abgerufen 1.4.2011
s. auch die [Factsheets](#) des [Millennium Development Goals Monitor](#).

¹³ [Human Development Report 2010](#), UNDP

¹⁴ siehe UNDP, [Arab Human Development Reports 2009](#) sowie UNDP, [Human Development Report 2009](#)

¹⁵ [Millennium Development Goals](#) a.a.O.

¹⁶ siehe Göbel, Guilliard, Schiffmann (Hg.) „Der Irak – ein belagertes Land – Die tödlichen Auswirkungen von Krieg und Embargo, PapyRossa Verlag, Köln 2001

¹⁷ [State of the world's mothers 2007](#) - Saving the lives of children under 5, Save the Children, Mai 2007